



Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 253

Wilhelmshaven

September 2010

Das Sommerloch

Fast wäre der Gegenwind im Sommerloch verschwunden. Aber nun bläst er wieder.

 Gegenwind

Da bläst er!

Auf der Seite 3 starten wir mit einer kleinen Rückschau auf 3 Monate Gegenwind-lose Zeit.

Einige Gedanken zum Hickhack um die bevorstehende Neuwahl des Oberbürgermeisters finden Sie auf Seite 4.

Wilhelmshaven von A bis Z heißt ein gar nicht so neues neues Buch über eine Jugend in Wilhelmshaven. Wir stellen es auf Seite 5 vor.

Über die ganz alltäglichen Kümernisse von Hilfebedürftigen geht es in unserem Artikel auf Seite 6: Leistungen aus einer Hand?

Sind die Bezieher von staatlicher Unterstützung überwiegend Strolche? Dieser Eindruck wird immer wieder durch entsprechende Berichterstattung erzeugt. Auf Seite 7 halten wir dagegen.

Die Seiten 8 und 9 gehören wieder einmal den Ratssplittern. Wir berichten über die Ratssitzung am 18. August.

Um "Risiken und Nebenwirkungen" des Erdgasimports über die NWO-Brücke geht es auf Seite 10.

Die Wilhelmshavener Raffinerie steht vor dem Aus. Die Herren (und Damen?) in der texanischen Chefetage des Oilmultis ConocoPhillips zeigen auf Seite 11 mit ihren Daumen nach unten.

Ein Bericht über eine Zirkusvorstellung im Gegenwind? Warum nicht! Auf Seite 12 berichten wir über das Gastspiel des Zirkus Krone in Wilhelmshaven.

Den Jade Bay Boogie intonieren wir auf Seite 13. Es geht um die Gedanken einiger Menschen zur Kreisreform.

Im letzten Gegenwind diskutierten wir über den Vorschlag, auf dem Bismarckplatz ein Bismarck- bzw. Staufenberg-Denkmal zu errichten. Leserbrief dazu auf Seite 14.

Im Gegensatz zum Gegenwind gönnte sich die Arbeitslosenhilfe keine Auszeit; darum berichten wir auf Seite 15 über 2 Veranstaltungen der Ali.

Ebenfalls auf Seite 15 berichten wir über die Abschiebung von Faruk Issa nach Syrien.

Zum Abschluss plaudern wir auf Seite 16 aus der Schule.

Informationen und Termine finden Sie wie immer kreuz und quer im Gegenwind verstreut.

meldungen

Sommerloch

Vor mehr als einem Vierteljahr erschien der letzte Gegenwind. Die Ursache für diese Schlaperei ist schnell benannt: Der verantwortliche Redakteur genehmigte sich eine über 2-monatige Auszeit und trieb im fernen Anatolien sein (Un)Wesen (siehe Foto). Jetzt soll es aber mit neuem Schwung daran gehen, den Gegenwind weiterhin gegen die ach so unsägliche Wilhelmshavener Politik blasen zu lassen. Mal sehen, ob's klappt. Wir werden für das 3. Quartal von unseren Unterstützern keine Beiträge einziehen – kein Gegenwind – kein Geld.



Wilhelmshaven außen vor

Deutschland soll Strom aus Wasserkraft von Norwegen beziehen und Norwegen Strom aus Deutschland, wenn dort oben das Wasser knapp wird. Dazu ist die Verlegung eines 600 km langen Seekabels von der Südspitze Norwegens bei Kristiansand durch das Skagerrak und die Nordsee nach Deutschland geplant – das sog. NorGer-Projekt. Bei dem Kupferstrang handelt es sich um ein 500 kV Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungskabel (HGÜ) mit einer Übertragungskapazität von 1.400 MW.

Ursprünglich war Wilhelmshaven als einer von zwei Anknüpfungspunkten aus mehreren Trassenvarianten übriggeblieben. Der zweite war Conneforde mit Anbindung via Butjadingen und Wesermarsch. Der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen (LBU) schlug dazu alternativ vor, das HGÜ über Wilhelmshaven/Friesland nach Conneforde zu verlegen, wenn dadurch die für die beiden Kohlekraftwerke in Wilhelmshaven geplante 380 kV-Drehstromleitung wegfallen könnte. (sh. Gegenwind Nr. 244 und 248)

Doch letztlich haben sich der Antragsteller (ein norwegisch-schweizerisches Konsortium) und das Nds. Innenministerium (Regierungsvertretung Oldenburg) für das jetzt anberaumte Raumordnungsverfahren auf eine Anknüpfung bei Moorriem (Gemeinde Elsfleth) verständigt. Das Kabel soll via Jade-/Wesermündung und Innenjade zum Anlandungspunkt Eckwarden (Gemeinde Butjadingen) und von dort durch den Landkreis Wesermarsch verlegt werden. Am noch neu zu errichtenden Netzknoten "380 kV-UW Moorriem" soll der Gleichstrom in Drehstrom umgewandelt und in das Netz des Flächenkartellisten TenneT/E.ON Transpower eingespeist werden. (jm)

Gedenktag für Drogentote

(mt) Am 21.07. hat die Bürgerinitiative für die Sicherstellung der Versorgung von Drogenkranken zusammen mit der Aidshilfe eine Mahnwache für die in den letzten Jahren verstorbenen DrogengebraucherInnen auf der Bahnhofstraße durchgeführt.

Die Bahnhofstraße war mit über 40 Schildern gepflastert, auf denen je der Name einer/s Toten stand. An jedem Schild wurden Kerzen und Blumen niedergelegt. Begleitet wurde die Mahnwache von Trauermusik und einem Sensenmann, der die Passanten mahnend auf das Schicksal der Opfer aufmerksam machte: Gedichte und Briefe zum Thema Drogen und Drogenabhängigkeit wurden verlesen. Anlass war der seit 1998 bundesweit begangene "Nationale Gedenktag für verstorbene Drogenabhängige".

"DrogengebraucherInnen sind durch gemeinsamen Spritzengebrauch und Beschaffungsprostitution eine der hauptbetroffenen Gruppen von HIV/AIDS. Drogentote nimmt die Masse meist nur in Form von Statistiken wahr. Der einzelne Tote ist dabei lediglich eine Zahl, die die Statistik in die Höhe treibt. Das will der Drogentotengedenktag durchbrechen. Hier soll an die einzelnen Menschen erinnert werden, die an den Folgen ihres Drogenkonsums gestorben sind. Der 21. Juli soll jedoch nicht nur ein Tag des Gedenkens sein, sondern auch ein Tag der Aktionen und des Protestes"; so die BI. Sie will auch an das Problem der Versorgung mit Methadon in Wilhelmshaven erinnern, welches immer noch nicht gelöst ist. Dabei sei Eile angesagt, so die BI, denn täglich könnte es den nächsten Drogentoten in unserer Stadt geben. Wir wollen in einer Stadt leben, in der human mit den Schwächsten umgegangen wird und in der sie nicht ihrem Schicksal überlassen bleiben!

Kommentar

Es ist ein Zeichen für den erschreckenden Zustand unserer Gesellschaft. Welch ein Versagen unserer Zivilisation, allein 40 Drogentote und über 400 unbehandelte Drogenkranke in Wilhelmshaven.

"Die Würde des Menschen ist unantastbar", heißt es im ersten Artikel unserer Verfassung. Doch ist es des Menschen würdig, allein und verlassen am "Goldenen Schuss" zu sterben?

Entspricht es der Menschenwürde, sich prostituieren zu müssen oder kriminell zu werden, nur um an die nächste Drogenration zu gelangen?

Warum schauen wir tatenlos zu, wie Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden?

Warum ist es uns schlichtweg egal, dass diese Menschen vor unseren Augen sterben?

Hinter jedem Drogentoten steht ein persönliches, zum Teil erschreckendes Schicksal. Am Ende dieses Schicksals steht dann oft der Tod.

Doch es scheint, als interessiere dieses Schicksal niemanden. Stattdessen werden Drogenkranke für ihre Krankheit verurteilt.

Doch dieses Verhalten wird einer humanen Gesellschaft nicht gerecht, es ist ihrer nicht würdig. Drogenkranke verdienen nicht unsere Verachtung, sondern unser Mitgefühl und unsere Hilfe. Sie sind Menschen wie du und ich. Nur wenn wir uns daran halten, dann ist die Würde dieser Menschen unantastbar.

Matthias Tiller

Mäusemelken wär' einfacher

"Die Flächenagentur Region Friesland, Wittmund, Wilhelmshaven hat von der Firma INEOS den Auftrag erhalten, für Eingriffe in den Bereich des Voslapper Grodens in Wilhelmshaven Kohärenzflächen in einer Größenordnung von 150 ha zu erwerben." Dies teilte die 'Behörde für Geoinformation, Landesentwicklung und Liegenschaften' dem BUND im Rahmen der Einleitung eines Flurbereinigungsverfahrens mit.

Diesbezüglich wandte sich Ratsherr Joachim Tjaden (BASU-Fraktionsvorsitzender) an INEOS-Geschäftsführer Dr. Peter Prinz u.a. mit der Frage, welche Änderungs-, Ausbau- bzw. Erweiterungsvorhaben der Werksanlagen geplant seien, die die Bemühungen um Kohärenzflächen erforderlich machen würden!?

Antwort: "Bekanntlich hat die INEOS-Gruppe im Jahre 2007 die Ausbau- und Erweiterungspläne am Standort Wilhelmshaven aus wirtschaftlichen Gründen gestoppt. Wir verweisen dazu auf die entsprechenden Mitteilungen und Presseveröffentlichungen von Anfang 2007. Die seinerzeit dargelegte Situation gilt für den Konzern nach wie vor, neue Projekte zur Erweiterung unserer Produktionsanlagen in Wilhelmshaven sind zur Zeit nicht geplant."

Das ist eine klare Antwort - doch weiter schreibt Dr. Prinz: "Das Bemühen der INEOS um Kohärenzflächen für die im Eigentum der Screencondor Limited stehenden Grundstücke auf dem Voslapper Groden steht in keinem Zusammenhang mit konkreten Plänen der INEOS-Gruppe."

Natürlich wüsste man jetzt gern, wozu Screencondor 150 ha Land als Kompensation '... für Eingriffe in den Bereich des Voslapper Grodens...' aufkaufen will und weshalb die INEOS dabei für dieses rätselhaft britische Immobilienunternehmen tätig wird. Aber Mäusemelken wär' wohl einfacher - dafür braucht man schließlich nur einen darunter passenden Schemel. (jm)

PC-Notdienst

für Privat und Handwerk

☎ 04421-300 71 81

☎ 0162-6675049



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21

26382 Wilhelmshaven

Tel.: 04421 / 99 49 90

Fax: 0322-23755199

eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpfer (verantwortl. Redakteur), Anette Nowak, Matthias Tiller, Wolle Willig, Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr. 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)

monatlich - mindestens 8 Ausgaben pro Jahr.

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 01.09.2010

www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Sommerloch

Ein Streifzug durch drei Monate Wilhelmshaven

(hk/red) Es war ja nicht so, dass es nichts gab, über das es zu berichten lohnte. Auf den folgenden 2 Seiten lassen wir einige Ereignisse des vergangenen Sommers Revue passieren.

Die Fußballweltmeisterschaft prägte diesen Sommer. Einige denken mit Schaudern an diese Zeit der nationalen Besoffenheit zurück.

Resümee eines Sommermärchens!

Was war das für ein Sommer? Wir waren Papst, Grand Prix-Sieger, dachten bald WM-Sieger und übermorgen hätten wir die ganze Welt beherrscht. Wir waren wieder wer.

Egal wo man hinschaute, an jeder Stelle hörte man gröhrende Schland-Rufe und sah schwarz-rot-goldene Fahnen, Schals oder patriotisch gefärbte Haare; der Hype um die Fußballmeisterschaft war enorm und mit ihr auch der Neo-Patriotismus. Deutsch ist wieder modern!

Es war doch wunderbar, man traf sich auf den Plätzen und Straßen dieser Republik, fieberte mit den Spielern auf den Feld, trällerte fröhlich die Nationalhymne und genoss das völkische Beisammensein. "Geschichte ist doch Geschichte, endlich können wir wieder stolz auf uns sein!" "Wir sind wieder wer!" Diese oder ähnliche Antworten bekam man, wenn man den Partypatriotismus dieser Tage kritisch hinterfragte.

Wir sind wieder wer? Ja, wir sind was.... Vor allem nämlich abgelenkt! Denn kaum war das erste Tor gefallen, da war in den Medien vom Sparpaket der schwarz-gelben Koalition oder dem G20-Gipfel nichts mehr zu hören.

Während das Volk sich und sein Heimatland feierte, beschlossen Merkel, Westerwelle und Co. weitere Sozialkürzungen und sorgten so für eine Verschärfung der Armut.

Aber der Partypatriotismus befreite uns nicht nur von unseren alltäglichen Sorgen, nein er sorgte auch für ein internationales Miteinander! Jeder war des anderen Freund. Es lebe der Internationalismus!

Ja... nur....nur nicht, wenn ein Land zufällig gegen uns antrat.

Dann waren die Ghanaer plötzlich afrikanische Steppenaffen und die Tommys können ja eh nichts, außer saufen! Schland wird siegen!

Aber zumindest ein Gutes an dieser Geschichte gab es... die Konjunktur unserer ach so geplagten Wirtschaft wurde endlich wieder angekurbelt. Denn auch die Kaufleute hatten die Gunst der Stunde erkannt. Plötzlich wurden Fahnen, Becher, Uhren, Schmuck und Kleidung im Natio-look in Massen produziert.

Leider weiß kaum einer, dass ein Großteil dieser Ware aus Asien kommt, dass deutsche Arbeitnehmer kaum etwas von dem nationalen Kaufrausch haben und asiatische Arbeiter für einen Hungerlohn und unter schlimmsten Bedingungen arbeiten müssen.

Es wird wohl nur noch eine Frage der Zeit sein, bis zur nächsten WM in den Regalen endlich das Foto der Kanzlerin im passenden nationalen Bilderrahmen bereit stehen wird. Es lebe der Partypatriotismus! (mt)

Am 9 Juni gingen Wilhelmshavens Schülerinnen und Schüler auf die Straße, um für bessere Bildungsmöglichkeiten zu demonstrieren:

"Education is not for sale", - über 600 Schülerinnen und Schüler, darunter Jugendliche aus Friesland, Jever, Schortens und Wittmund, demonstrierten für eine bessere Schulpolitik, unter anderem für die Abschaffung von Studiengebühren und des Turboabiturs, für kleinere Klassen und eine Demokratisierung des Bildungswesens.

Vorab kam es zu diversen Komplikationen. Die Schülerinnen und Schüler starteten an verschiedenen Schulen dieser Stadt und holten auf dem Weg zum Börsenplatz die Schülerinnen und Schüler anderer Schulen ab.

Als der Zug von IGS und Berufsbildenden Schulen (BBS) am Käthe-Kollwitz-Gymnasium (KKG) eintraf, um die Mitschülerinnen und Mitschüler aufzurufen, sie zu begleiten, kam die Schulleiterin Frau Anke Steckhan auf die Idee, diesem undiszipli-

nierten Treiben ein Ende zu setzen, indem sie den Schülerinnen und Schülern das Grundrecht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit durch Freiheitsberaubung entzog.

Die anscheinend auf Zucht und Ordnung bedachte Frau lief eilends zu den Türen des Gebäudes und verschloss sie, bevor die Schüler und Schülerinnen das Haus verlassen konnten.

Leider wurden dabei auch die Schüler und Schülerinnen der IGS und der BBSF eingeschlossen, die zuvor in das Gebäude gegangen waren, um ihre Freundinnen und Freunde aus den Klassen zu holen.

Doch trotz der miserablen Bildung sind die Geistesleistungen der Schüler noch nicht beeinträchtigt. Denn sie öffneten die Türen einfach, in dem sie die Notgriffe der Türen betätigten. So konnten sich die Demonstranten doch noch auf den Weg machen.

Fast genau so erschreckend reagierte Günter Barkam, der Schulleiter der Cäcilien-schule. Er verfolgte die Schülerinnen und Schüler über mehrere Straßen und schickte ihnen böse Flüche und Drohungen hinterher.



Gegen die Mehrheit der Bevölkerung hält die schwarz-gelbe Bundesregierung an ihren Atomplänen fest. Sie will die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängern – und den Bundestag möglicherweise noch im September darüber entscheiden lassen.

Wir sagen: Schluss jetzt!

Wir widersetzen uns dieser unverantwortlichen Atompolitik! Wir dulden es nicht, weiter den Risiken von schweren Atomunfällen ausgesetzt zu sein. Dass die Atommüllberge weiter in die Höhe wachsen, für deren Lagerung es weltweit keine Lösung gibt. Dass der Weiterbetrieb der Atomreaktoren den Weg in eine klimaverträgliche Zukunft mit Erneuerbaren Energien verbaut. Wir haben es satt, mit dem Ausstieg auf den Sankt Nimmerleinstag vertröstet zu werden. Wir wollen die Atomkraftwerke abschalten – und zwar jetzt!

Gorleben stoppen!

Wir widersetzen uns auch einer unverantwortlichen Entsorgungspolitik für den tödlichen Strahlenmüll. Gorleben wurde aus politischen Gründen und nicht auf Grund geologischer Eignung als Endlagerstandort gewählt. Das Vorbild für Gorleben – das absaufende und vom Einsturz bedrohte Atommülllager Asse II – zeigt, dass von den Sicherheitsbeteuerungen nichts zu halten ist. Gorleben kommt als Atommülllager nicht in Frage!

Jetzt müssen wir dran bleiben!

Unser Widerstand zeigt Wirkung: Die Bundesregierung ist mit ihren Atomplänen in der Defensive und uneins. Sie spürt den Druck, der von einer neu erstarkten Anti-Atom-Bewegung ausgeht und von einer breiten Mehrheit in der Gesellschaft getragen wird.

Am 18. September wollen wir mit zehntausenden Menschen in Berlin auf die Straße gehen und das Regierungsviertel umzingeln! Damit läuten wir einen heißen Herbst ein, der im November in den vielfältigen Protesten gegen den Castor-Transport nach Gorleben gipfelt.

Kommt am 18. September nach Berlin und demonstriert für den Ausstieg! Atomkraftwerke jetzt abschalten – Gorleben stoppen!

Ob es Busse von Wilhelmshaven nach Berlin gibt, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Beachtet bitte die Hinweise in der Presse und auf unserer Internet-Seite.



Reparaturen
aller Fabrikate
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Fortsetzung Sommerloch

Um 9:30 Uhr war es dann soweit: Matthias Tiller, Anmelder der Demo, begrüßte die Demonstranten/innen. Kurz darauf starteten die Schülerinnen und Schüler mit lauter Musik und überzeugenden Schlachtrufen Richtung Kundgebungsort auf der Rambla (Bahnhofstraße). Die sonst als desinteressiert verschrienen Jugendlichen ergriffen hier das Wort und machten ihrem Ärger über die schlechte Bildung in unserer Republik Luft. Der Zuspruch der Passanten war überwältigend.

Ebenso überraschend war das Verhalten der lokalen Einsatzkräfte. Sie gestatteten, entgegen den städtischen Vorgaben, Lautsprecher und Megaphon zu benutzen.

Von der Rambla aus bewegte sich der Zug zur Landesschulbehörde in der Peterstraße, wo die Abschlusskundgebung stattfand. (mt)

Labskaus, Susanne, Gutti und Ebi

Und am 24 Juli gab es wieder das große Labskausessen. Ein neuer Rekord schien greifbar – galt es doch die 10.612 im Jahre 2005 verteilten Portionen zu überbieten. Doch die meisten Stände mussten lange vor Schluss ihr Geschirr abwaschen – man hatte wohl nicht mit einem solchen Ansturm gerechnet.

Im August gab es dann endlich wieder Neuigkeiten von unserer Lieblingspolitikerin **Susanne Bauermeister**. Bei einer Verkehrskontrolle fiel auf, dass sie mit einem polnischen Führerschein unterwegs war. Ihr deutscher Führerschein war ihr ja bekanntermaßen nach einer Alkoholfahrt im vergangenen Jahr abgenommen worden. Nun war die lappenlose Zeit für Frau Bauermeister zwar schon vorbei, ihr wird aber „der Vorwurf gemacht, mit der Erlangung der ausländischen Fahrerlaubnis noch während der Zeit der Sperre gegen deutsche Vorschriften verstoßen zu haben“. (Wilhelmshavener Zeitung vom 4. August)

Beinahe täglich sind in den Zeitungen Schlagzeilen wie „Gegenwind für Atomkraft“, „Gegenwind für Bundeskanzlerin“ zu finden. Wir haben es inzwischen aufgegeben, gegen solche Behauptungen vorzugehen. Unsere LeserInnen können da sicherlich richtig und falsch unterscheiden. Am 26 Juli war allerdings in der Wilhelmshavener Zeitung „Gegenwind für Guttenberg“ zu lesen. Das stimmt nun überhaupt nicht, doch wenn man sich das dazugehörige Foto der Presseagentur AFP anschaut, könnte da doch ein klein wenig Sympathie entstehen.



Meldung in der Wilhelmshavener Zeitung vom 4. August 2010: „Im Rat der Stadt zeichnet sich eine neue Machtkonstellation ab. Die Fraktionen von CDU, FDP, und Bündnis 90/ Die Grünen streben eine 'Koalition der Vernunft' an, die von Oberbürgermeister Menzel (SPD) unterstützt werden könnte.“ Komisch nur, dass nicht einmal der OB etwas von einer solchen neuen Konstellation wusste.

Aber vielleicht ist da ja doch etwas dran: Schließlich verließ der Oberbürgermeister seinen angestammten SPD-Ortsverein Heppens, weil sein Parteigenosse Kempcke mit der Kritik am Genossen OB nicht hinterm Berg hielt. Menzel nannte ihn laut WZ einen „Eiferer und Geiferer“. Nun findet Menzel seinen Platz im OV Süd. Zu fragen bleibt, wann Menzel seiner Frau folgt, die die SPD bereits verlassen hat. Gibt es in der Partei eigentlich einen „Beleidigte Leberwurst-Orden“? □

Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören.



Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung. Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Umwelt, Soziales.

Der GEGENWIND sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluss zu nehmen.

Der GEGENWIND wird durch Beiträge des GEGENWIND-Vereins, des GEGENWIND-Förderkreises und durch Anzeigen finanziert.

Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.

Wirtschaft mischt bei OB-Wahl mit

Nach und nach stellen die Parteien ihre Kandidaten für die Wahl des neuen Oberbürgermeisters 2011 vor (oder der neuen –meisterin). Die Grünen schicken Michael van den Berg ins Rennen. Der jetzige Geschäftsführer der Teehandlung in der Nordseepassage möchte eine moderne, ökologisch saubere, menschenfreundliche Stadt – und besonders junge Wähler ab 16 ansprechen und für ein grünes Wilhelmshaven gewinnen. Für die Freien Wähler soll deren Vorsitzender Frank Uwe Walpurgis kandidieren. Die SPD entscheidet am 10.09. zwischen dem derzeitigen Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek, der Juristin Carmen Giss (WHV, Leiterin Jobcenter FRI) und Thomas Städtler, im Moment Bürgermeister von Lönningen (Landkreis Cloppenburg). CDU und FDP sind noch auf der Suche, DIE LINKE muss noch entscheiden, ob sie eine/n Kandidaten/in aufstellen will.

Jetzt meldet sich die heimliche 7. Partei im Rat zu Wort, wie so oft, obwohl sie niemand gefragt hat: der Allgemeine Wirtschaftsverband (AWV), in persona Präsident Martin Steinbrecher und Hauptgeschäftsführer Lutz Bauermeister. Sie fordern die im Rat vertretenen Parteien auf, einen gemeinsamen Kandidaten zu finden, so eine „breitestmögliche politische Basis“ zu schaffen und eine „Zersplitterung der Wählerstimmen“ zu vermeiden.

So lange derartige Meinungsäußerungen bestimmter Kreise als Leitartikel in der Tagespresse abgedruckt werden und nicht da, wo sie hingehören – unter „Vermischtes“ oder als Leserbrief – hinterlassen sie natürlich einen nachhaltigen Eindruck.

Deshalb nur mal so zur Erinnerung: Der OB wird von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählt. Weder vom Rat noch vom AWV. Parteien und Wählergruppen – ob im Rat vertreten oder nicht – dürfen Kandidaten aufstellen, aber auch unabhängige Wahlvorschläge sind zulässig. Zu einer Wahl gehört – zwar nicht zwingend, aber in der Regel – eine Auswahl aus mehr als einer Person. Bei sechs Kandidaten wird es natürlich eng, dass einer im 1. Wahlgang die erforderliche Mehrheit (mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen) erhält. Dann gibt es aber eine Stichwahl zwischen den beiden mit den meisten Stimmen.

Gibt es aber von vornherein nur eine/n Kandidaten/in, reicht es, wenn mindestens 25 vom Hundert der Wahlberechtigten für sie/ihn gestimmt haben und sie/er die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Das macht es natürlich einfacher, eine Person durchzudrücken, die nicht gerade die breite Mehrheit der BürgerInnen hinter sich hat, aber dafür sorgt, dass alles so bleibt, wie es ist im Sinne derer, die ihn aufgestellt bzw. dabei mitgewirkt haben. Gäh. (iz)

Frühstücken
Parties
Konzerte

KLING KLING

www.kling-kling-whv.de
www.myspace.com/klingklang

Hier spielt die Musik

Wilhelmshaven - Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.

Südstadt!!

BAVARIA KRUG

**Betreutes Trinken
seit 1913!**

Von A bis Z

Axel Bruns veröffentlicht sein Buch über seine Erinnerungen an die 50er und 60er Jahre Wilhelmshavens

(hk) Im Januar 2003 besprachen wir ein Buch, welches es eigentlich gar nicht gab (siehe Gegenwind 186). Damals hieß das Buch noch "Wilhelmshaven ...wie es wirklich war". Heute, 7 1/2 Jahre später, liegt nun wirklich die ordentlich gedruckte Form des Buches vor. Jetzt heißt es "Wilhelmshaven von A bis Z", erschienen bei dem Bremer Verlag "Edition Temmen".



Der inzwischen in Myanmar lebende Alt-Wilhelmshavener Axel Bruns verarbeitet in dem 274 Seiten dicken Wälzer seine Kinder- und Jugendzeit im Wilhelmshaven der 50er und 60er-Jahre – und er trifft damit genau die Gefühle der WilhelmshavenerInnen, die das Glück hatten, in dieser Zeit des Auf- und Umbruchs in Wilhelmshaven zu leben.

Das Buch hat nichts mit dem Wilhelmshavener Heimatlexikon oder ähnlichen lexikon-ähnlichen Büchern zu tun. Hier wird Wilhelmshaven aus einer ganz anderen Perspektive betrachtet. Hier werden die Licht- und Schattengestalten besonders der 60er-Jahre Wilhelmshavens schonungslos charakterisiert. Namen wie Hügel, Bello, Bulle, Bange, Weiss, Ostmann, Schierloh... werden wieder präsent.

Einige Auszüge aus dem Vorwort: Der Banter Jung Axel Bruns wurde 1949 in Wilhelmshaven geboren und verbrachte die ersten 19 Jahre seines Lebens in der Jadestadt. Nachdem er diverse Schulen seiner Heimatstadt sowie zwei Lehrstellen mehr oder weniger erfolglos durchlaufen hatte, verließ er die Heimat und siedelte nach Berlin über. Und dort drehte er auf: Abschluss der Lehre, Abitur auf dem zweiten Bildungsweg und anschließend ein Studium der Geographie, das er 1984 (im 20. Semester) mit einer Diplomarbeit

über den Tourismus in Sri Lanka erfolgreich beendete.

Bereits zehn Jahre früher hatte ihn auf einer Reise in die Türkei das Reisefieber gepackt und er folgte der großen Karawane, die von Istanbul über Afghanistan und Indien bis Nepal zog. Auf zahlreichen Reisen entdeckte er sein Herz für den großen Kontinent, studierte diverse exotische Sprachen wie Tamilisch, Indonesisch und Burmesisch, schrieb Bücher über so abgelegene Themen wie das Figurentheater in Asien – promovierte nebenbei über dieses Thema – und baute ein gutgehendes Import-/Exportgeschäft in Berlin auf. 1996 verließ er die inzwischen wiedervereinigte Stadt und lebt seitdem in Fernost. Doch Wilhelmshaven blieb immer in seinem Herzen, und so begann er, zehntausend Kilometer von der Heimat entfernt, zu sammeln: Zeitungsausschnitte, Bücher – nichts war vor seinem Zugriff sicher, so lange es sich nur mit Wilhelmshaven oder seiner Jugend dort beschäftigte. Und hier liegt nun das Ergebnis langjähriger Recherche vor: eine Liebeser-

klärung an seine Heimatstadt. Doch was ist nun das Besondere an diesem Buch? Nun, zum einen, dass sich überhaupt jemand die Mühe macht, das alles aufzuschreiben, und zum anderen, dass das Bild seiner Jugend in der Jadestadt in seinem Gedächtnis eingefroren wurde! Jene Schlicktauer hingegen, die ihrer Heimatstadt treu geblieben waren, erlebten im Laufe der Jahrzehnte zahlreiche Veränderungen mit, und so wurde deren Erinnerung vielfach überdeckt ... Bei der Niederschrift der Erinnerungen ergab sich sehr bald ein Problem: In den 50er und 60er Jahren waren Diskriminierungen und das, was man heute Rassismus nennt, fast alltäglich. Political correctness? Fehlanzeige! Und das nicht nur im Alltagsleben: Nein, ein Blick in das Bertelsmann-Volkslexikon (von 1956) zeigt deutlich, dass zu jener Zeit einfach anders gedacht wurde.

Axel Bruns zum Gegenwind: *"Ich habe versucht, die Dinge so darzustellen, wie wir sie damals gesehen und gesagt haben: Das stellt keinerlei Wertung meinerseits dar. Auch dümmliche Sprüche und Witze wurden so wiedergegeben, wie sie damals erzählt wurden. Wer sich daran stößt, sollte jene Stellen am besten überblättern ..."*

Aus der Verlagsinformation: Die 50er und 60er Jahre: Ein endloser Heinz-Erhardt-Film?

Nicht in Wilhelmshaven! Wer in dieser Zeit hier aufwuchs, kannte den Begriff der "Political Correctness" noch nicht, hatte Eltern und Lehrer, die Hitler noch gelegentlich als den "Führer" bezeichneten und wurde von diesen zwar vor den Gefahren des vorehelichen Sex gewarnt, arbeitete aber mit allen Mitteln darauf hin.

In "Wilhelmshaven von A bis Z" hat Axel Bruns diese Zeit auf den Begriff gebracht. Wie hieß die bekannteste Kondommarke? In welchem beliebten Kinderspiel erklärte man sich den Krieg? Und welche Frisur wurde auch als



"Pennerkissen" bezeichnet? Hier können Sie es nachschlagen. Alphabetisch geordnet hat Bruns eine ganz persönliche Chronik in den für ihn damals wichtigsten Stichworten zusammengefasst.

Ein Nachschlage- und Lesebuch, das von 1950 - 1969 durch eine Kindheit und Jugend in Wilhelmshaven führt. Provokant. Politisch unkorrekt. Alphabetisch. □

Axel Bruns: Wilhelmshaven von A bis Z, Die 50er und 60er Jahre

274 Seiten, 262 Abbildungen, 17x24 cm, gebunden, Edition Temmen, ISBN 978-3-8378-4021-6, Preis 24,90 Euro



MUSIKKNEIPE IM SÜDEN DER STADT

**Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr**

Leistungen aus einer Hand?

Über die ganz alltäglichen Kümernisse von Hilfebedürftigen

(noa) Das Grundgesetz wurde Mitte Juni geändert, um die Job-Center retten. Job-Center sind Mischbehörden aus örtlichen Arbeitsagenturen und Kommunen, geschaffen durch das SGB II (Hartz IV).

Durch dieses Gesetz entstanden Strukturen, die nicht verfassungskonform waren. Das Bundesverfassungsgericht legte dem Gesetzgeber auf, bis Ende 2010 Abhilfe zu schaffen, und statt eine Behörde zu entwickeln, die den Bestimmungen der Verfassung entspricht, wurde die Verfassung so geändert, dass die Job-Center unverändert bestehen bleiben können.

Das soll ganz prima sein, denn auf diese Weise sei, so die Bundespolitik, gewährleistet, dass die Langzeitarbeitslosen weiterhin "Leistungen aus einer Hand" beziehen. Soso.

Uns sind einige Hartz IV-Betroffene bekannt, die ein Lied von diesen "Leistungen aus einer Hand" singen können. Frau R. z.B. ist Haushaltsvorstand einer Bedarfsgemeinschaft. Mit ihr leben ihre zwei Söhne und der Vater des jüngeren Sohnes. Der ältere Sohn bekommt Unterhalt vom biologischen Vater, nicht unmittelbar, sondern vermittelt über die Stadt Wilhelmshaven (die zweite Hand). Außerdem hat er Anspruch auf Wohngeld (regelmäßige Gegenwind-LeserInnen erinnern sich bestimmt an unsere kleine Serie zum Kinderwohngeld 2007/2008, das nach fleißigem Studium diverser Gesetze durch den Leiter der Wohngeldstelle ausgerechnet in Wilhelmshaven "erfunden" wurde und mittlerweile bundesweit gilt). Die Wohngeldstelle ist die dritte Hand. Eine vierte gibt es natürlich auch, die Familienkasse nämlich, von der das Kindergeld angewiesen wird. Die vier Hände überweisen das Geld nicht gleichzeitig. Am letzten Werktag des Vormonats kommt (meistens) das Arbeitslosengeld II. Der Unterhalt für den größeren Sohn kommt irgendwann in-

nerhalb der ersten zwei Wochen des Monats (auch hier gilt: meistens). Manchmal kurz vor oder kurz nach dem Wohngeld. Irgendwann einmal kommt auch das Kindergeld.

Die Miete und alle anderen regelmäßigen Kosten sind allerdings immer am Beginn des Monats fällig. Und da die Bedarfsgemeinschaft von Frau R. es nie geschafft hat, genügend Geld übrig zu behalten, um diese regelmäßigen Kosten zur Fälligkeit sicher auf dem Konto bereit zu halten, gibt es regelmäßig zwischen der Leistung der ersten und der nächsten Hand eine Durststrecke.

Mächtig erschwert wird der Familie von Frau R. das Leben durch ihren Aushilfsjob. (Sie hat also gewissermaßen noch eine fünfte Hand in Gestalt ihres Arbeitgebers.) Zwar verdient sie in keinem Monat mehr als 100 Euro, die bekanntlich anrechnungsfrei sind. Doch das Job-Center tut Monat für Monat so (angeblich muss es das tun), als habe sie ein höheres Einkommen. Frau R. bekommt im Unterschied zu Hartz IV-Berechtigten, die keinen Nebenjob haben, ihr Arbeitslosengeld II nicht in voller Höhe, sondern abzüglich eines fiktiven Einkommens, und erst nachdem sie mittels Lohnabrechnung nachgewiesen hat, dass sie wieder unter 100 Euro geblieben ist, bekommt sie den Rest nachträglich überwiesen. Auf diese Weise ist gewährleistet, dass es ihr auch künftig niemals gelingen wird, genügend Geld auf dem Konto anzuhäufen, um die zu Monatsanfang anfallenden Verbindlichkeiten immer sicher erfüllen zu können.

Ähnlich ergeht es Frau P. Diese hat zwar keinen Nebenjob, dafür aber vier Kinder, von denen zwei Unterhalt vom leiblichen Vater, zwei mittlerweile keinen Unterhalt und keinen Unterhaltsvorschuss mehr bekommen. Auch sie hat derzeit noch eine fünfte Hand, nämlich die Krankenkasse, denn sie bezieht Krankengeld, so dass sie keinen Anspruch auf den vollen Regelsatz des Alg II hat. Mittlerweile (nach fast einem Jahr) klappt es endlich, dass das Job-Center ihr nicht erst mal vorsichtshalber mehr Krankengeld anrechnet als sie tatsächlich bekommt, sondern die Auszahlung ihrer Leistung verzögert, bis die Höhe des Krankengeldes nachgewiesen wurde. Als ihre Sachbearbeiterin in Urlaub war, ging dies jedoch schief, und ausgerechnet zu Beginn der Ferien, als höhere Kosten anfielen, fehlte Geld von der "ersten Hand" auf dem Konto, und wie bei Frau R. kommt das Geld aus all den anderen Händen irgendwann stückweise im Lauf des Monats nach.

Um gar nicht erst in die Versuchung zu kommen, Geld auszugeben, das sie kurze Zeit später für die Miete braucht, überweist Frau P. sich selber Mitte des Monats eine bestimmte Summe vom Girokonto aufs Sparbuch. Wenn sie zum Nachweis des Krankengeldes einen Kontoauszug vorlegt, muss sie immer wieder erklären, dass die kurz vor dem Ersten des Monats zurückgeholte Summe kein Einkommen ist, das zur Minderung ihres Alg II-Anspruchs führen würde.

Man kann viel Spaß haben mit so vielen Händen. □

Ende in Sicht?

Ein Richter am Landessozialgericht scharrt mit den Hufen und treibt das Job-Center an, endlich in die Puschen zu kommen

(noa) Seit Jahren sind die Kosten der Unterkunft, die Hartz IV-Empfänger in Wilhelmshaven (nicht) erhalten, immer wieder Thema im Gegenwind. Zuletzt berichteten wir im März dieses Jahres von Verhandlungen beim Sozialgericht Oldenburg, bei denen die Berechnungen der Stadt Wilhelmshaven über die Angemessenheit von Wohnkosten beleuchtet wurden ("Schlüssiges Konzept" und "Störrisches Verhalten" in GW 251).

Währenddessen ist beim Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen immer noch das Verfahren anhängig, das vom Bundessozialgericht dorthin zurückverwiesen worden war. Am 23. Juni 2010 haben zwei Fachleute vom "Institut Wohnen und Umwelt", Roland Alles und Dr. Christian von Malotki, dem LSG ein Gutachten über das Berechnungskonzept der Stadt Wilhelmshaven vorgelegt – ein Gutachten, das das Gericht eingeholt hat, weil das Job-Center Wilhelmshaven sämtliche Hinweise der Sozialgerichte aller Ebenen, endlich Berechnungen vorzunehmen, die dem Gesetz entsprechen, dezent überhört hat.

In der Verhandlung beim LSG, die dieses Gutachten zur Grundlage hatte, sprach der Vorsitzende Richter deutliche Worte: Nächstes Jahr werde er pensioniert werden, und bis dahin müsse das Thema "KdU in Wilhelmshaven" erledigt sein.

Das Bundessozialgericht hatte das Wilhelmshavener Berechnungskonzept als "nicht schlüssig" bezeichnet; die Richter am LSG waren nicht ganz so streng. Sie stellten fest: An sich ist das Konzept brauchbar, doch es muss korrigiert werden. Das ist das Ergebnis der beiden Gutachter, die zu dem Schluss kommen, dem Berechnungskonzept der Stadt mangle es sowohl an Validität (Gültigkeit) als auch an Reliabilität (Verlässlichkeit). So sahen sie das Problem, dass bei der Erfassung der ganzen Einzelmieten die billigsten und die teuersten weggelassen worden waren, ohne dass deutlich geworden wäre, warum und nach welchen Kriterien. Besonders seltsam fanden es auch die Richter, dass die Sachbearbeiter, die die Berechnungen angestellt haben, nach eigenem Ermessen gehandelt haben. Auch die Bezugsgröße von 10 % aller Bestandsmieten genüge bei einem so homogenen Wohnungsmarkt wie dem in Wilhelmshaven nicht, und die Objektivität der Untersuchungen der Stadt steht stark in Frage, da sie nicht von unabhängigen Untersuchern, sondern von städtischem Personal getätigt wurden.

Nach alledem kam das Landessozialgericht zu dem Auflagebeschluss, dass das Job-Center Wilhelmshaven bis zum 30.07. mitteilen musste, ob es sein Konzept zur Berechnung der angemessenen Kosten der Unterkunft nachbessert und bis zum 27.09. dieses nachgebesserte Konzept dem Gericht vorlegen muss. Um dann ein im Sinne des Gesetzes schlüssiges und gültiges Konzept zu haben, gab das LSG den Vertretern der Stadt und des Job-Centers den Tipp, die beiden Fachleute vom Institut Wohnen und Umwelt zu Rate zu ziehen.

Minicar Dirks

☎ 772211



**Wir haben
unseren
Fuhrpark um
einige Großraum-
fahrzeuge
erweitert**

Missbrauch

Wenn zwei das Gleiche tun, ist das noch lange nicht das Gleiche???

(noa) Schlechte Zeiten für "schwarze Schafe", war in der WZ vom 15. Juli ein Artikel über Leistungsmissbrauch durch Hartz IV-BezieherInnen überschrieben. Die Behauptung, dass Menschen, die wegen langjähriger Erwerbslosigkeit Hilfe nach dem SGB II in Anspruch nehmen müssen, überwiegend Strolche sind, die unrechtmäßig unsere Steuergelder kassieren, gehört ja eher zum Bestick der Bild-Zeitung, aber im Sommerloch lässt sich auch die WZ mal herab, in dieses Horn zu tuten.

Und so hieß es da nun also, dass vom 1. Januar bis zum Datum des Artikels schon über 100.000 Euro an Rückforderungen angefallen seien. "Als wirksames Mittel hat sich der Abgleich mit Daten der Versicherungsträger erwiesen", heißt es im Vorspann des Artikels, und tatsächlich gab es in der 1. Hälfte des Jahres zwei Fälle, in denen jemand die Aufnahme einer Arbeit nicht angezeigt und weiter Alg II kassiert hat.

Wenn jemand eine richtige (versicherungspflichtige, vollzeitige, tariflich entlohnte) Arbeit hat und sich beim Job-Center nicht abmeldet, dann ist das schon ein Hammer, aber leider steht in dem Artikel nicht, ob das in diesen beiden Fällen zutraf; und die 100.000 Euro Rückforderung beinhalten neben diesen beiden noch zwei Personen, die bei Antragstellung ihr Vermögen nicht angezeigt haben (das man ja erst verbrauchen muss, bevor man Alg II beanspruchen darf). So richtig aussagekräftig ist die Summe also nicht. Aber unabhängig davon muss man eines gleichzeitig im Blick behalten: Zu Zeiten des "alten" Sozialhilferechts (vor Hartz IV) war der Missbrauch durch Hilfeempfänger in seinem Gesamtumfang weit niedriger als der Missbrauch durch den Leistungsträger, sprich: Die Summe der Gelder, auf die Arme Anspruch gehabt hätten, die sie aber nicht bekamen (weil man ihnen nicht gesagt hatte, dass sie einen Anspruch haben, weil man sie durch die Behauptung, sie hätten keinen Anspruch, davon abgehalten hat, einen Antrag zu stellen, weil man ihre Leistung falsch berechnet hat usw.) überstieg die Summe, um die die Behörden betuppt wurden, um ein Vielfaches.

Wie es sich diesbezüglich beim SGB II verhält, darüber sind uns keine Untersuchungen bekannt. Wir kennen aber Einzelfälle, aus denen sich Rückschlüsse ziehen lassen.

Verwargeld

Zum Beispiel: Eine Hartz IV-Berechtigte zeigt den 6. Geburtstag ihres Sohnes nicht an. Dieser hat nun Anspruch auf 19 Euro mehr Unterhalt im Monat, und diese 19 Euro werden ja von seinem Sozialgeld wieder abgezogen. Die Mutter kassiert also zu Unrecht (?) fünf Monate lang je 19 Euro, bevor sie endlich mitteilt, dass ihr Kind älter geworden ist. Umgehend werden ihr die zuviel erhaltenen 95 Euro in Raten wieder einbehalten, und nach wenigen Monaten ist alles wieder in Ordnung. Sie schuldet dem Job-Center nichts mehr (ob der Kindesvater den erhöhten Unterhalt auch gezahlt hat, steht auf einem anderen Blatt).

Da kommt ein Jahr nach der verspäteten Anzeige über die Alterung des Sohnes Post vom Amt. Die Leistungsempfängerin soll wegen der damaligen Verletzung ihrer Mitwirkungspflicht innerhalb von 14 Tagen 35 Euro

Verwargeld überweisen. Wenn sie das nicht tun, wird ein Bußgeld von 2.500 Euro fällig. – Beides konnte abgewendet werden, aber der Versuch war da.

Flohmarkt

Ein weiteres Beispiel: Ein Arbeitsloser hilft einem Kumpel, der einen Flohmarktstand betreibt. Seine Frau ergreift die Gelegenheit und stellt einen kleinen Tisch mit Babykleidung, aus denen die kleine Tochter rausgewachsen ist, dazu, und die größere Tochter, die befürchtet, sie würde sich allein zu Hause zu Tode langweilen, stellt einen weiteren kleinen Tisch mit ein paar Spielsachen dazu.

Zwei Tage nach dem Flohmarkt bekommt die Familie schon Post vom Job-Center mit der Aufforderung, ihre Flohmarkteinkünfte aufzulisten. Und weitere zwei Tage später trudelt noch ein Brief ein: Der Familienvater soll die Bezugsquellen und Einkaufspreise für die Elektroartikel, die er auf dem Flohmarkt angeboten haben soll, nennen. (Der Kumpel, dem er geholfen hat, verkauft Elektroartikel.)

Beim Termin im Job-Center wird die Familie zuerst einmal darüber "aufgeklärt", dass sie Leistungen zu Unrecht erschlichen hat und mit einer Strafanzeige wegen Betruges zu rechnen hat. Und das für einen "Reinerlös" von gut 12 Euro aus dem Verkauf der Babysachen!

"Ob der Leistungsmissbrauch als Bagatelle, als Ordnungswidrigkeit oder als Straftat eingestuft wird, das hängt von den näheren Umständen ab", schreibt die WZ im o.a. Artikel. Die bewusste Familie hat bislang noch keine Mitteilung darüber bekommen, wie ihr Fall vom Job-Center eingestuft wird, und bangt noch immer.

Noch ein Beispiel: Die 100 Euro, die Schülerinnen und Schüler pro Schuljahr bekommen (und die die Kosten für den Schulbesuch bei weitem nicht decken), sind in diesem Jahr in vielen Fällen nicht ausgezahlt worden. Frau P., für deren Familie es insgesamt immerhin 400 Euro sind, musste mehrere Male hingehen und nörgeln, bevor sie das Geld bekam (nachdem sie schon Schulden für die Anschaffung der Schulsachen gemacht hatte), Frau R. musste für ihren Sohn, der die 2. Klasse besucht, eine Schulbescheinigung herbeischaffen (es könnte ja sein, dass er in einem Schuljahr schon seine gesamte Schulpflicht absolviert hat!), Frau A. hat das Schulgeld für ihre Tochter immer noch nicht, Frau L. erfährt bei ihrer Nachfrage etwas von einem Computerfehler.

Für die Betrügereien der Hilfeempfänger gibt es ein Wort: "Leistungsmissbrauch". Wie soll man das Verhalten des Leistungsträgers nennen? "Machtmissbrauch"? □

Günstige Finanzierungen

Sie wollen: kaufen, bauen, renovieren, modernisieren, umfinanzieren oder sich den derzeitigen Zins sichern?

Konditionen auf Anfrage

Finanzdienstleistungen
Generalagentur
Holger Janßen, Gökerstr. 216
26386 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 77 45 43
Fax: 04421 / 96 66 90

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten,
Literatur + Comics u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Musikschule

school of rock
wilhelmshaven

schlagzeug - gitarre - bass
keyboard - gesang - recording

...learn to play.

www.schoolofrock-whv.de
info@schoolofrock-whv.de
Tel.: 04421/366423

WER hat sich gegründet

Am 06.08.2010 teilte die WZ mit, dass sich ein Internetforum **erwerbslosenredaktion** gegründet hat.

Es ist eine ansprechend aufgemachte Seite, auf der bis jetzt Beiträge von Hans-Günter Osterkamp und Udo Hauptert, beide ehemalige Mitglieder der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland, veröffentlicht sind. (noa)

wer **erwerbslosen**
redaktion wilhelmshaven

Ratssplitter

vom 18. August 2010
weggeschnipst von Imke Zwoch

Die Mehrheiten im Rat haben sich, zumindest räumlich von der Pressebank aus betrachtet, weiter nach links verschoben. Claus Westerman ist von den Grünen zur Gruppe BASU / Tholen / Ober-Bloibaum gewechselt. Praktischer wäre es, wenn sie jetzt alle der BASU beitreten, weil wenn wir jedes Mal schreiben müssen "Ratsfrau/-herr Sowieso von der Gruppe BASU / Tholen / Ober-Bloibaum / Westerman", haben wir kaum noch Platz für Inhaltliches. Oder fällt jemandem eine gute Abkürzung ein? GruBASUThoWOB?

Nachdem Kurt Lorentz (SPD) sein Mandat zurückgegeben hatte und in dieser Sitzung noch nicht ersetzt wurde, kam Westermans Wechsel gerade rechtzeitig für eine haar-scharfe Entscheidung zu Punkt 1, nämlich:

PPP etc.

Im Mai hatte die SPD gemeinsam mit BASU&Co. (s. o.) und der LINKEn durchgesetzt, dass der Umbau des Gymnasiums am Mühlenweg doch in öffentlicher Hand erfolgen soll statt mit einem PPP-Modell. Bei einer Public Private Partnership in der Form des Betreibermodells finanziert und organisiert eine Privatperson bzw. Firma die Sanierung und den Umbau des Gebäudes und verpachtet es dann an die Stadt zurück. Ob das für die Kommune wirklich günstiger ist, als wenn sie selbst die erforderlichen Kredite aufbringt, ist umstritten. Der Betreiber wird die Pacht so kalkulieren, dass er seine Kredite zurückzahlen und auch noch ein Plus erwirtschaften kann. Auch ist das bei ihm beschäftigte Personal nicht mehr durch das öffentliche Tarifsysteem und einen starken Personalrat gestützt.

Der FDP lag der Ratsbeschluss vom Mai quer im Magen, und im Verwaltungsausschuss vom 9.8. beantragte sie erfolgreich, ihn wieder aufzuheben. Nun musste der Rat darüber befinden. Unterstützung gab es von der CDU, obwohl selbst deren Wirtschaftsminister Möllring unlängst bei einem Besuch in Wilhelmshaven Zweifel geäußert hatte: "In der Regel werden PPP-Modelle teurer als Eigenbauvorhaben." Trotzdem ist für den CDU-Ratsherrn Hellwig PPP "ein Gebot der Vernunft", und er wisse nicht, "was Möllring zu der Aussage getrieben hat". Das sorgte auf der Gegenseite für Anspielungen: ob die CDU damit ihrem Minister Unvernunft unterstelle? Hellwig schimpfte, die SPD habe die frühere Konsenslinie verlassen und sich immer mehr der PPP-kritischen ver.di-Position angenähert. (anders gesagt: back to the roots, zurück zu den Wurzeln der ArbeitnehmerInnen-Partei).

Wir ergänzen hier mal einen Hellwig-O-Ton von der CDU-Website: "Im Gegensatz zur Personalvertretung und ihrer Unterstützer aus dem linkspolitischen Lager sind Verwaltung, CDU, FDP und Grüne bemüht unsere städtischen Strukturen zukunftsgerichtet, effektivitätsmaximierend und kostensparend im Sinne der Bürger unserer Stadt auszurichten ... und sie nicht zu einer Versorgungseinrichtung für die o.g. Klientel verkommen zu lassen." ☹☹ Die auf der Zuschauertribüne zahlreich versammelten städtischen Mitarbeiterinnen haben das sicher auch gelesen, warfen aber erstaunlicherweise trotzdem nicht mit Eiern und Tomaten. Sie wollen gute Arbeit für gutes Geld machen, um sich selbst versorgen zu können. Ebenso gut könnte man unterstellen, dass PPP eine Versorgungseinrichtung für pfliffige Unternehmer auf Kosten der BürgerInnen unserer Stadt wird. Ratsherr Janssen (LINKE) erinnerte an Vortragsveranstaltungen zum Thema PPP, auf denen auch über die Risiken informiert wurde. FDP-Sprecher von Teichman entgegnete: "Vorträge bringen nur Unruhe, aber nix Neues", man könne sich auch per Internetrecherche schlau machen. (Wenn Vorträge Unruhe in die eingefahrenen, vorbestimmten Bahnen der Lokalpolitik bringen, brauchen wir unbedingt mehr Vorträge!)

Die Abstimmung über die Rücknahme des Ratsbeschlusses ging 22 (FDP, CDU, Grüne, OB) zu 22 aus. Stimmengleichheit = abgelehnt, das Gymnasium am Mühlenweg wird also ohne PPP umgebaut.

Später wurde einstimmig beschlossen, für die Vergabe von Planungsaufträgen für das Gymnasium 2 Mio Euro bereitzustellen. Die Vorlage bezog sich auf den Ratsbeschluss gegen PPP vom Mai 2010. Man ging also davon aus, dass das mit dem Kippen dieses Beschlusses nicht klappt ...

Gefühlte Notwendigkeit

Die Hafentorbrücke, seit 1973 als nördliche Verkehrsanbindung der Schleuseninsel im Flächennutzungsplan skizziert, kam auf Antrag der SPD wieder mal aus der Schublade auf die Tagesordnung. Die Verwaltung soll das Projekt forcieren, die Planung beauftragen und Förderanträge stellen. Norbert Schmidt (SPD) hält die Brücke für "touristisch und wirtschaftlich erforderlich", "wir haben Firmen, die auf der Schleuseninsel bauen wollen".

Bereits 2003 hatte der Rat Planungskosten in Höhe von knapp 80.000 Euro bereitgestellt, das Architektenbüro von Gerkan & Partner lieferte den Vorentwurf, dem der Rat Ende 2003 zustimmte.

Was sich seitdem nicht geändert hat, ist, dass die Stadt eigentlich kein Geld für die Brücke hat. Früher war von 15 Mio Euro die Rede, jetzt sind es schon 30 Mio. Um Fördermittel zu beantragen, braucht man konkrete Planungsunterlagen, was schon mal ca. 300.000 Euro kostet. Sowie einen Haushaltsansatz für Eigenmittel, denn eine 100%-Förderung gibt es nicht, wie Ratsherr Tjaden (BASU) anmerkte. Der auch den Sinn des Ganzen in Frage stellte. Vor einigen Jahren wurde, gegen starke Proteste der dort Erholung suchenden Menschen, ein Teil der grünen Halbinsel für fiktive Gewerbeansiedlungen geplant. "Es gibt dort schöne Pflanzen und Schrebergärten", so Tjaden, aber bis heute sei niemand in Sicht, der dort investieren wolle.

Natürlich soll auch hier der (fast 10 km nördlich gelegene) JadeWeserPort zur Begründung für das Interesse von Investoren herhalten. Doch selbst Wirtschaftsfreund von Teichman sieht in der Brücke nur eine "gefühlte Notwendigkeit". "Die ersten Schiffe sollen erst kommen." Es gäbe ausreichend Fläche direkt am Containerhafen, auf dem direkt angrenzenden Hafengroden, wo zunächst das Güterverkehrszentrum entstehen soll, und auf dem Voslapper Groden, "alles bereitgestellt". Fazit: "Wir haben für solche Spielchen kein Geld."

Werner Biehl (Grüne) erinnerte an den "ganzen Sack von Problemen", der im Bereich Jadestraße noch zu bewältigen ist, die Wiesbadenbrücke, der Banter See ... Neumann hatte schließlich ein Einsehen und zog den Antrag zurück, das Thema kommt zunächst in den Klausurberatungen für den nächsten Haushalt zur Sprache.

Dürfen wir auch was dazu sagen, auch auf die Gefahr hin, dass wir uns wiederholen? Bisher liegt die Schleuseninsel in Sackgasenlage am östlichen Ende der touristisch attraktiven Meile rund um den Südstrand und den Großen Hafen. Die Jadestraße, die diesen Bereich westlich begrenzt, wird gerade mit erheblichem Aufwand touristisch aufgewertet. Was soll es nun, die Schleuseninsel ans Ende einer 30 Mio Euro teuren Verbindung von Norden her zu verlegen? Von Teichman hat in diesem Fall mal Recht: erst den Hafengroden vollstellen, wenn er schon mal da ist. (Der Voslapper Groden ist ein anderes Thema.) Nägel mit Köpfen: den Süden für Tourismus und Freizeit, den Norden für Hafen und Gewerbe, statt ohne Not alles zu zerstückeln.

Was ich nicht weiß ...

Ratsherr Janssen stellte den Antrag, dass die Wilhelmshavener Ausländerbehörde rechtzeitig vor jeder Abschiebung im Sozialausschuss oder bei zeitlicher Nähe im Jugendhilfeausschuss informiert. "Die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, ist internationale Verpflichtung, und für das aufnehmende Land und die aufnehmende Gemeinde ist es ein Akt der Menschlichkeit. Die gewählten Bürgervertreter im Rat der Stadt Wilhelmshaven wollen über alle Abschiebungen von Mitbürgern informiert werden, um gegebenenfalls Stellung beziehen zu können oder sich für die Abzuschiebenden frühzeitig einsetzen zu können", lautete seine Begründung.

Stadtrat Graul riet den Bürgervertretern, sie sollten dem Antrag "keine weitere Beachtung schenken" ☹, denn nach geltender Rechtslage sei eine solche Information nicht möglich. Doch Rechtslage (die Janssen natürlich kennt) hin oder her – keine/r machte auch nur den Versuch, zumindest über das Thema zu sprechen, ihm nur einen Bruchteil der Zeit zu schenken, die man bereits vielfach diskutierten Themen wie PPP oder Hafentorbrücke widmete. Stattdessen bot Neumann folgsam an, Antrag auf Nichtbefassung zu stellen. Janssen zog jedoch freiwillig zurück.

Die üblichen Abschiebungen bei Nacht und Nebel können natürlich nur funktionieren, wenn sie unter dem Deckel gehalten werden. Vertraut man den Ratsleuten so wenig, dass man befürchtet, sie könnten die Betroffenen bei sich auf dem Dachboden verstecken? Davon unabhängig gibt es ganz legale Möglichkeiten, sich gegen die Abschiebung ein-

zusetzen, vor allem, wenn man einen direkten politischen Draht nach Hannover oder Berlin hat.

Persönliches Schicksal

Zusammen mit der BASU-Gruppe stellte Janssen eine große Anfrage zum Thema Abschiebungen und nannte dazu zwei aktuelle Fälle von in WHV lebenden Flüchtlingen. Beide gehören ethnischen Minderheiten an und haben deshalb in ihrem Herkunftsland große Probleme. Die Frage lautete, ob OB und Verwaltungsspitze davon informiert waren.

Ja, der Oberbürgermeister wird durch das Ausländeramt über jede bevorstehende Abschiebung informiert, antwortete Dezernent Graul und zitierte "nach Aktenlage" aus der Vita der zwei Betroffenen, Flucht, abgelehnte Asylanträge, Entscheidungen des Bundesamtes für Migration für die Abschiebung. Eine der beiden kam mit 14 nach Deutschland, der andere mit 15 (oder 13). Die Frau gehört der Volksgruppe der Ashkali an und soll nach Serbien abgeschoben werden. Sie ist im Besitz einer Arbeitserlaubnis, geht einer Beschäftigung nach und nimmt keine Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Anspruch.

Der junge Mann ist Yezide und wurde bereits Anfang August nach Syrien abgeschoben (Siehe Artikel auf Seite 15).

Abschließend bat Graul, solche Anfragen nicht mehr zu stellen, weil er sonst aus den Akten zitieren müsse und dabei eben bestimmte Wahrheiten ans Licht kämen. Erstens hat keiner verlangt, dass er die Akten offenlegt, zweitens gab es nichts zu hören, was den Darlegungen Janssens im Grundsatz widerspricht. Graul sagte selbst, dass der junge Mann nicht straffällig geworden ist. Die einzigen Vergehen der beiden waren die illegale Einreise nach Deutschland, und sich der Abschiebung zwischendrin durch Untertauchen zu entziehen. Janssen ging es aber um humanitäre Aspekte. Er legte dar, wie die beiden durch Erlebnisse im Heimatland bzw. beim Abschiebeverfahren traumatisiert sind. Der 21-jährige Yezide hatte sich hier fortgebildet, um eine Arbeitserlaubnis zu erhalten, alles vergebens. Er musste in Abschiebehaft erleben, wie sich ein älterer Mithäftling umbrachte. Er war selbst suizidgefährdet, wurde aber trotzdem abgeschoben. Wie wir aus anderer Quelle erfahren, ist ungewiss, was nach der Landung in Damaskus mit ihm passierte.

Demografischer Wandel

Nicht zum ersten Mal wurde die Konversion eines ehemaligen Grundschul-Standortes in

eine Altenpflege-Einrichtung beschlossen. Neulich war es die Ansgari-Schule, diesmal ist es die Grundschule Neuengroden, die einer Einrichtung für Demenzzranke weicht. Es ist nun mal, wie es ist: die Kinder werden weniger und die Schulen sowieso geschlossen, und die Alten werden älter, aber nicht unbedingt gesünder. Aber trotzdem hat es eine traurige Symbolik.

Blau blüht der Banter See

"Ist das Problem Banter See und Blaualgen denn wirklich so kompliziert?" war der Kern einer Großen Anfrage von Ratsherr Janssen und der Gruppe BASU usw. (s.o.). Seit Jahren beschäftigt das Problem Rat, Verwaltung, Medien, Wissenschaftler und zahlreiche Leserbriefschreiber, die ein Patentrezept zu kennen glauben.

"Ja, es ist kompliziert", antwortete Umweltdezernent Jens Graul, der das Problem, seine Ursachen und mögliche und unmögliche Lösungen darlegte. Dabei ließ er nicht außer Acht, dass die ursächlich verantwortlichen Cyanobakterien (im Volksmund Blaualgen genannt) schon seit 4 Millionen Jahren diesen Planeten bevölkern und man schon deshalb dieser Lebensform Respekt entgegenbringen sollte.

Die von Wissenschaftlern empfohlene Destratifizierung, also Umwälzung der Wasserschichten mit Freistrahlanlagen, wirkt nicht von heute auf morgen, es ist zu früh, den Erfolg zu beurteilen, sie ist aber vergleichsweise preiswert.

Der Zufluss des Entwässerungsgrabens (Rhynschloot) des Banter Deichs wird jetzt gestoppt. Es gibt aber weitere ungeklärte Einträge von Phosphat, die das Algenwachstum beschleunigen. Man schätzt die Zahl auf 50 Einleiter, da würde nur eine Ringleitung um den See helfen, die alles auffängt und ableitet. (Unser Vorschlag: In den Freizeitgärten nur noch Gemüse grillen, denn Würstchen und Fleisch enthalten viel Phosphat, und wenn die Leute dann pinkeln gehen ...)

Ein beliebter Vorschlag ist ein Durchstich mit Rohr zum Jadebusen, um das Wasser auszutauschen und den Salzgehalt im See zu erhöhen. Man müsste aber ein richtiges Sieb bauen, um Zu- und Abfluss mit den Gezeiten zu steuern und die Sicherheit bei Sturmfluten zu gewährleisten. Da hat der Deichband noch ein Wörtchen mitzureden.

Andere empfehlen einen Durchstich zum Großen Hafen, durch den Grodenamm. Manche finden die Vorstellung eklig, ausge-rechnet Hafenwasser zum Verdünnen eines Badesees zu nutzen. Andere meinen, das Ha-

fenwasser sei richtig gut, schließlich könne man im Ems-Jade-Kanal auch baden, der sei nur auf seinem Weg durch die ostfriesischen Moorgebiete etwas eingetrübt, aber gesund.

Die Verwaltung scheint von all diesen gut gemeinten Tipps inzwischen etwas genervt zu sein. So einfach ist es wirklich nicht und in der Tat gibt es noch mehr ökologisch problematische Freizeitseen in Deutschland. Die vielen Äußerungen, ob hilfreich oder Küchenlatein, spiegeln die große Ungeduld der Menschen wider, die nach dem Wegfall des Geniussstrandes und den Fäkaleinleitungen am Südstrand wenigstens noch eine natürliche Badestelle in der grünen Stadt am Meer behalten möchten. Und das, so Neumann, "sind wir den Bürgern schuldig, den See in Ordnung zu bringen". Zur Haushaltsklausur soll Graul die Kosten für notwendige Maßnahmen nennen.

McMüllKing

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat ausgerechnet, dass in einer Filiale von McDonalds bzw. Burger King täglich 300 kg Müll aus Verpackung und Speiseresten produziert wird. Einen Teil der Abfälle findet man im ganzen Stadtgebiet verteilt. Die Grünen wollten wissen, ob die Stadt versucht, gemeinsam mit den Betreibern das Problem in den Griff zu bekommen. Umweltdezernent Graul merkte an, dass diese Diskussion nicht neu sei, was aber die Leute nicht davon abhielte, "fast food zu ihrem Lebensmittelpunkt zu machen". ☺ Mit den Filialen der betreffenden Ketten habe man regelmäßig Kontakt bezüglich der Abfallbeseitigung. Mit Inkrafttreten der Gewerbeabfallverordnung 2002 ging die Entsorgungspflicht für Verpackungsabfälle auf die Fastfood-Restaurants über, beide haben private Entsorgungsunternehmen beauftragt. Für nicht verwertbare Abfälle stehen dort Pflichtrestabfallbehälter der W'havener Entsorgungsbetriebe von 120 bzw. 240 l. In früheren Zeiten fand man den Müll im Umkreis von 300 m um die Filialen verstreut, heute seien die Restaurants in dieser Hinsicht unauffällig.

Immer rein damit

Sorgen machen sich die Grünen auch um die Jade. Neben dem Temperaturanstieg durch den Kühlwasserbedarf des neuen Kohlekraftwerks soll das Ökosystem auch noch Umengen von Sole aus den Kavernen bei Etzel verkräften. Die Grünen fragten, wie die synergistischen Effekte der unterschiedlichen Nutzungsansprüche und deren ökologische Risiken überwacht und eingeschätzt werden. Die Antwort der Verwaltung brachte eigentlich Neues. Man verlässt sich auf die Gutachten und das Monitoring der zuständigen Behörden. Untersucht und beobachtet wird vieles, z. B. im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie, aber es steht kaum zu erwarten, dass irgendeine weitere beantragte Einzelgenehmigung dadurch versagt wird.

Glückwunsch

FDP-Sprecher Dr. Michael von Teichman feierte am Tag der Ratssitzung seinen 60. Geburtstag. Nun wird es Zeit, an seine Gesundheit zu denken. Wir raten ihm, beim Amtsarzt der Landesversicherungsanstalt den vorzeitigen Ruhestand zu beantragen, damit er sich ohne zusätzlichen Stress der Ratsarbeit oder besser noch dem Radfahren widmen kann. ☐



JONATHAN

NATURKOST

Die Bio-Frische in Wilhelmshaven

Marktstr. 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel.: 13438

Öffnungszeiten: montags-freitags 9.00-18.30 Uhr, samstags 9.00-14.00 Uhr

Risiken und Nebenwirkungen

Am Erdgasimport über die NWO hängt mehr dran als nur der Bau einer Pipeline nach Etzel

(jm) Die RWE Energy AG plant zwischen dem NWO-Terminal auf dem Heppenser Groden und Etzel den Bau einer Hochdruck-Erdgasleitung. Durch dieses Druckrohr soll von Gastankern herantransportiertes Flüssigerdgas (LNG) in regasifiziertem Zustand von Bord aus in das deutsche Ferngasnetz eingespeist werden. Der Durchmesser der Leitung wird nach derzeitiger Planung 80 cm bei einem zulässigen Betriebsdruck von 100 bar betragen.

Die Regierungsvertretung Oldenburg des Nds. Ministeriums für Landesentwicklung (u.v.m.) hat die landesplanerische Feststellung für eine raumverträgliche Trasse getroffen und damit das Raumordnungsverfahren für die Erdgasleitung abgeschlossen. Alternativvorschläge des Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen (LBU) und des BUND LV Niedersachsen, wie z.B. den Umschlagort in den Bereich der landeseigenen Umschlaganlage Voslapper Groden (UVG) aus Gründen des Zivilschutzes und der Sicherheit des Schiffsverkehrs zu verlegen, wurden abgelehnt. Die lapidare Begründung: *Auf Grund der geplanten zukünftigen Schiffsanlandungen ab 2010 ist nur am Pier der Nord-West-Ölleitung eine ausreichende Verfügbarkeit für die Anlandung und Gaseinspeisung von Großtankern gegeben.* (sh. Gegenwind Nr. 248)

Mit den Schiffsanlandungen ab 2010 wird es ja nu' nix mehr. Doch wie weit sind die Planungen für den Erdgasimport über die NWO-Umschlagbrücke und die Einspeisung in das Ferngasnetz vorangeschritten? Das möchte der LBU gerne von der NWO, dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg (GAA), dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) und dem Vorhabensträger RWE (voRWEggehen) wissen. Die Antworten sind unergiebig bzw. lassen noch auf sich warten ...

Immerhin teilte das GAA mit, dass es nach seiner Rechtsauffassung keiner Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) bedürfe. Warum nicht, das wurde nicht erläutert - wär' aber hilfreich gewesen:

Zum einen soll das bei minus 161° C verflüssigte Erdgas an Bord der sog. "Energy Bridge Regasification Vessels" (EBRV) mit Wasser aus der Jade wieder aufgewärmt werden. Durch die dadurch entzogene Wärmeenergie wird es danach um 7° C heruntergekühlt in die Jade zurückgepumpt. Das wäre ein Eingriff in den Wasserhaushalt, und dafür ist eigentlich der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) als Erlaubnisbehörde zuständig. Die werkelt zur Zeit noch an der wasserrechtlichen Erlaubnis für die beantragte Kühl- und Abwässereinleitung durch das in Bau befindliche Kohlekraftwerk des französischen GDF-SUEZ-Konzerns herum. Eine sinnvolle Präventivaufgabe wäre es für diese Behörde, mal zu untersuchen, wie steil der Temperaturgradient zwischen dem heruntergekühlten Wasser aus dem EBRV und dem erwärmten Wasser aus den Einleitstellen des E.ON- sowie des GDF-SUEZ-Kraftwerks ausfallen würde. Das könnte nämlich für den ökologischen Wasserhaushalt bedeutsam werden.

Auch der Bereich Immissionsschutz – ei-

gentlich Aufgabenfeld des GAA – ist durch die Regasifizierung betroffen: Bei einer Wassertemperatur unter +14,4° C muss ein Heizkessel zugeschaltet werden, der das Jadewasser weiter aufwärmt. Und bei einer Temperatur unter +7,2° C wird sogar ausschließlich der Heizkessel für die Verdampfung des Flüssiggases eingesetzt, weil dem Wasser aus der Jade dann nicht genug Wärmeenergie entzogen werden kann.

Im Einsatz sind zur Zeit drei EBRVs mit einer Ladekapazität von 138.000 m³ LNG und fünf mit 150.900 m³ (Quelle: <http://www.excelerateenergy.com/energy-bridge.html>). Durch die Regasifizierung dehnt sich das Flüssiggas um das 600fache aus. Es können demnach pro Tanker bis zu 90 Mio. m³ Erdgas in die Druckrohrleitung gepumpt werden. Zum Vergleich: Das Fassungsvermögen der 40 in Betrieb befindlichen Kavernen im Feld bei Etzel beträgt 21 Mio. m³ (Quelle: <http://www.ivg.de/de/1204875.htm>).

Bei der Feuerung des Heizkessels werden Luftschadstoffe freigesetzt, die ganz erheblich sein können. Leider sind keine Angaben über die Feuerungswärmeleistung des Heizkessels auffindbar. Als Vergleich muss deshalb auf die Unterlagen des von der E.ON Ruhrgas stornierten LNG-Terminal-Projekts auf dem Voslapper Groden zurückgegriffen werden. In dieser Anlage war für die Regasifizierung ursprünglich ein 195 MW-Tauchflammpfandampfer vorgesehen. Das ist nach BImSchG immerhin eine Großfeuerungsanlage, die strengsten Begrenzungen der Emissionen von Schwefeldioxyden, Stickoxiden, Kohlenwasserstoffen, Schwermetallen und Organohalogenen unterliegt.

Erklärt werden kann die von der GAA erklärte Nichtzuständigkeit eigentlich nur damit, dass Seeschiffe nicht dem nationalen Recht unterliegen und deshalb weder vom Wasserhaushaltsgesetz noch vom BImSchG erfasst werden. Sie unterliegen lediglich dem MARPOL-Übereinkommen der 'International Maritime Organisation' (IMO), das bezüglich des Gewässer- und Immissionsschutzes unterentwickelt ist. Besonderheiten wie der Kühlwasseraustausch und die Großfeuerungsanlagen an Bord dieses EBRV-Typs fallen dabei offensichtlich durch den Rost.

Das gilt auch für die Europäische Union, die ihre Richtlinien mit den IMO-Übereinkommen kompatibel ausgestaltet. So beschränkt sie sich in ihrer Richtlinie 2005/33/EG lediglich allgemein auf den maximal zulässigen Schwefelgehalt in Brennstoffen an Bord von in EU-Häfen liegenden Schiffen. Wenn nicht alles täuscht, könnte nach der Rechtslage ein am NWO-Jetty liegender EBRV für die Regasifizierung des LNG fast alle nur denkbaren

Schadstoffe in unbegrenzter Menge in die Luft pusten. Zwar setzt die Richtlinie 2005/33/EG der Emission von Schwefeldioxyd eine gewisse Grenze; doch für die Kesselheizung ist ein Brennstoff mit dem Hundertfachen des für Binnenschiffe bzw. Landfahrzeuge zugelassenen Schwefelgehalts in Brennstoffen zulässig. Nicht einmal bei Einsatz von Gasheizung dürften solche Luftverpaster ohne Abgasfilter und -reinigung völlig harmlos sein:

"Durch die relativ geringe Schornsteinhöhe der LNG-Tanker im Vergleich zu den Kraftwerks- und Raffinerieschornsteinen geht der abgeblasene Dreck größtenteils im Umkreis von nicht mehr als drei Kilometern nieder." (Gegenwind Nr. 244).

Landseitig bleibt abzuwarten, ob in das im Raume stehende Planfeststellungsverfahren über den Bau der Erdgasleitung auch der Anschluss an das Kavernenfeld bei Etzel einbezogen wird. Dass dort einige der genehmigten bzw. geplanten Kavernen für die Zwischenlagerung gebraucht werden, kann sich jeder an seinen fünf Fingern abzählen. Die sind nämlich für die Abpufferung des schubweise von den EBRV-Tankern in die Druckrohrleitung gepumpten Erdgases unerlässlich. Die Gasröhre soll auf eine Transportkapazität von 600.000 m³/h Erdgas ausgelegt werden. Es muss bei Realisierung des Vorhabens in den Kavernen von Etzel zudem ein gewisses Maß an Aufnahmekapazität zur Abfederung von Preisschwankungen am Markt sowie Importengpässen vorgehalten werden.

Gegen die Ausspülung weiterer Kavernen aus dem dortigen Salzstock sträuben sich jedoch die dort lebenden Menschen aus vielerlei Gründen, und sie trauen den Aussagen der Vorhabensträger nicht. Zwar sind mit importiertem Erdgas betriebene Gas- und Dampf-Kombikraftwerke (GUD) - also mit Strom- und Fernwärmeversorgung - als Brückentechnologie unproblematischer als Atom- bzw. Kohlekraftwerke. Dies muss aber - nicht nur in Etzel und umzu - noch lange nicht heißen, dass wir alles, was man uns mit PR-Kampagnen einzutrichtern sucht, auch unbesehen schlucken sollten. Im Übrigen will der Megawatt-Clan seine Oligopolstellung ja sowieso weiterhin mit seinen sauerhaften Atom- und Kohlemeilem absichern.

Auch an der Jade wächst die Aufmerksamkeit, seit sich herumspricht, dass die unter der Niedersachsenbrücke in die Jade fließende Sole aus den ausgespülten Kavernen (90 weitere Hohlräume im Salzstock sind bereits genehmigt) nicht aus reinem Salz besteht, sondern auch darin enthaltene nicht abbaubare Schadstoffbeimengungen enthalten kann.

Und wenn die weltvermüllende Chlorchemie schon nicht in absehbarer Zeit zu verhindern ist, dann wäre es zumindest sinnvoller, das Kavernensalz für die Chlor-/Natronlaugproduktion der INEOS zu verwenden, statt die Sole über Jahrzehnte in die Jade zu pumpen. Doch der Multi importiert das Salz lieber per Schiff aus den Niederlanden und aus Irland und lässt es mit Lastwagen vom Lüneburgkai am Nordhafen zu seiner Chlorfabrik auf dem Rüstesieler Groden transportieren. Verschwenderische Marktwirtschaft, die von der Hand in den Mund lebt. □

WRG - Kein Retter in Sicht

Noch könnte die Raffinerie problemlos wieder angefahren werden

(jm) Die Preise auf dem internationalen Rohölmarkt ziehen wieder an. Doch die Gewinnmargen der Raffinerien verharren trotzdem im Bereich zwischen Bescheiden und Trostlos. Es gibt davon nämlich zu viele und das Überangebot an Ölprodukten drückt auf die Verkaufserlöse.

Das liegt daran, dass in Europa weniger Öl verbraucht wird und kaum noch was in die USA exportiert werden kann: Auch die dortigen Raffineriekapazitäten übersteigen derzeit die Nachfrage.

Das wirkt sich auch auf die WRG aus, die in der Vergangenheit einen erklecklichen Anteil ihrer Produkte in den USA absetzen konnte. Auch zukünftig dürfte der Export selbst bei wieder ansteigender Nachfrage immer schwieriger werden, weil Ölprodukte aus den Öldestillen am Persischen Golf sowie aus Indien und Fernost auf den Weltmarkt drängen. Die europäische Raffineriebranche leidet durch diese Entwicklungen unter Überkapazitäten mit der Folge fallender Gewinnmargen.

Der Vorstandsvorsitzende von 'BP Europa SE' Dr. Uwe Franke schätzt die Überkapazitäten auf "20 bis 30 Prozent" (Quelle, Manager Magazin, 02.08.10). Daher versuchen jetzt viele Betreiber, ihre Raffinerien loszueisen. Das drückt natürlich auf die Verkaufserlöse. Allein in Europa sollen 14 Raffinerien zum Verkauf stehen. Darunter bekanntlich auch die Wilhelmshavener Raffinerie von ConocoPhillips.

Letztendlich kommen die Rohölverarbeiter jedoch nicht drum herum, Raffineriekapazitäten in Europa stillzulegen. Auf die Kandidatenliste hat ConocoPhillips ihre Wilhelmshavener Raffinerie gesetzt, mit der sie sich allein schon Unkosten in Höhe von 1,1 Milliarden US-\$ aufgehast hat. (Quelle: New York Times, 28.07.2010). Erst vor viereinhalb Jahren - im Februar 2006 - hatte sich die WRG eine Erhöhung ihres Rohöldurchsatzes von jährlich 10,2 auf 15,1 Mio. Tonnen genehmigen lassen. Doch die erweiterte Produktionskapazität wurde gar nicht ausgelastet, und seit Oktober letzten Jahres steht die Raffinerie ganz still. Zwischenzeitlich versuchte der Mutterkonzern ConocoPhillips, die Raffinerie durch Realisierung des 'Wilhelmshaven Upgrader Project' (d.h. durch den Bau von Crackern zum molekularen Zerbrechen von schwer verkäuflichem Schweröl in die Bestandteile Leichtöl- und Gasprodukte sowie Petrolkoks) wettbewerbsfähiger zu machen. Davon hat ConocoPhillips ja bekanntlich kurz nach Erteilung der Genehmigungen Abstand genommen.

Jetzt will der texanische Multi die Raffinerie einfach nur noch loswerden. Doch Verkaufsgespräche mit dem größten russischen Ölkonzern 'Lukoil' sind ergebnislos verlaufen (Quelle: FinanzNachrichten, 08.06.2010). Gscheitert sind sie an den auseinanderklaffenden Preisvorstellungen. Dazu erklärte der Vize-Präsident der Investitionsabteilung von ConocoPhillips, Clayton Raisor, dass "...wir abwarten, weil wir meinen, in einigen Jahren die Erlöse zu verbessern, die wir für Raffinerieverkäufe bekommen." (Dow Jones News Wire, 25.05.2010)

Doch der Vertreter einer englischen Beratungsfirma der Raffineriesparte bezeichnet die Wilhelmshavener Raffinerie als nicht "up to date", weil dort nicht, wie in anderen euro-

päischen Anlagen, die teuren Qualitätsprodukte hergestellt werden könnten. Es sei riskant, die Wilhelmshavener Raffinerie zu kaufen. Es gehöre Mut dazu, diese Herausforderung anzunehmen, weil so viel Geld in den Ausbau gesteckt werden müsste (Quelle: FinanzNachrichten, 22.07.2010).

Doch noch könnte der Raffineriebetrieb problemlos wieder anlaufen; die technischen Voraussetzungen sind nach Abschluss der Revisionsarbeiten bzw. nach Beseitigung der Brandschäden gegeben, und das Personal steht noch dafür bereit. Das dürfte in 'einigen Jahren' nicht mehr der Fall sein und sich deshalb wiederum die Erlöse nicht verbessern lassen. Folglich müsste sich ConocoPhillips

trotz des Wettbewerbshandikaps ihrer Wilhelmshavener Rohöl-Destille für ihren Weiterbetrieb entscheiden, bis ein Käufer angebotsen hat. Doch von ConocoPhillips kommen andere Signale: Der Multi will im wenig profitablen 'down stream'-Sektor (d.h., in der Raffinerie- und Marketingsparte) kräftig abspecken, um seine Aktionäre zufrieden zu stellen. Doch wenn die sofortige Betriebsbereitschaft der Raffinerie erst mal weggefallen ist, dann dürfte sie wohl endgültig der anstehenden Marktberingung zum Opfer fallen. □



Schiffahrtshfreundlicher Kompetenz-wirrwarr

(jm) Am 31.12.2009 trat eine neue EU-Richtlinie über den maximalen Schwefelgehalt von Brennstoffen in Kraft, die von Seeschiffen in EU-Häfen eingesetzt werden dürfen. In den niedersächsischen Häfen liegende Schiffe können ihre Motoren trotzdem immer noch mit schwefelreicheren Brennstoffen betreiben.

Dies bestätigte das Niedersächsische Umweltministerium auf Anfrage der 'Gemeinschaft regionaler Natur- und Umweltschutzvereine - Wilhelmshaven und Umzu' (GNU). Es vertritt die irrije Ansicht, dass die diesbezügliche EU-Richtlinie 2005/33/EG erst zum 31.12.2010 umzusetzen sei. In dem Brief des Ministeriums vom 19.04.2010 heißt es u.a.:

Allerdings greift auch die Richtlinie 2009/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 wegen der Änderungen der Richtlinie 1999/32/EG (Artikel 2) i.V.m. Artikel 4, so dass die Richtlinie erst bis zum 31.12.2010 umzusetzen ist.

Auf erneute Nachfrage sucht das Ministerium in einem weiteren Schreiben vom 20.05.2010 ihre Interpretation weiter zu untermauern. Die GNU hat sich daraufhin an einen Fachanwalt gewandt, der nach Sichtung der einschlägigen EU-Richtlinien zu dem Ergebnis kam, dass die Richtlinie 2005/33/EG schon am 31.12.2009 hätte umgesetzt werden müssen.

Vor einigen Wochen schaltete die GNU daraufhin die 'Generaldirektion Umwelt' der Europäischen Kommission ein. In Ihrem Antwortschreiben vom 08. Juli 2010 stellt die Generaldirektion klar, dass die Frist für die Umsetzung der Richtlinie auf den 31.12.2009 festgelegt wurde. Die Generaldirektion werde jetzt selbst tätig werden und eine Stellungnahme von den deutschen Behörden anfordern. Somit hat die EU-Kommission die Auffassung der GNU bestätigt, dass die Landesregierung die Umsetzungsfrist der EU-Richtlinie 2005/33/EG nicht einhält.

Jetzt endlich ist die Landesregierung tätig geworden und hat am 04.08.2010 den Entwurf einer Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 2005/33/EG zur Stellungnahme

vorgelegt. War zuvor im Schriftverkehr mit der GNU auf die Zuständigkeit des Umweltministeriums verwiesen worden, hat jetzt das Wirtschaftsministerium die Federführung übernommen. Ein Vorgang, der zum Spekulieren über den Grund Anlass gibt:

War es ein Fall von Kompetenzwirrwarr im Regierungsapparat der Landesregierung, oder musste dem Umweltministerium die Umsetzung der EU-Richtlinie aus Gründen von Ignoranz und/oder Inkompetenz aus der Hand genommen werden?

Eine effektive Umsetzung der EU-Richtlinie scheint durch diese Rochade jedoch immer noch nicht in Sicht: Gem. § 5 des Entwurfs soll den staatlichen Gewerbeaufsichtsämtern Cuxhaven, Emden und Oldenburg die Aufsichtsbefugnis für die niedersächsischen Häfen übertragen werden. Da müssen diese Behörden ihr Personal aber gewaltig aufstocken, um alle die in täglichem Wechsel niedersächsischen Häfen anlaufenden Schiffe überprüfen zu können.

Mehr Sinn macht es, die dem Innenministerium unterstehende Wasserschutzpolizei mit der Überprüfung zu betrauen. Deren Beamte kennen sich auf Schiffen aus. Überdies müssen sie sowieso jedes im Hafen ankommende Schiff betreten, um im Rahmen der sog. Einklarierung eine Fülle von Schiffspapieren zu überprüfen. Außerdem müssen sie den beim Betreten ins Auge fallenden Mängeln bei der Schiffsausrüstung und den Sicherheitseinrichtungen auf den Grund gehen und sie an die See-Berufsgenossenschaft melden.

Für Verstöße gegen besagte EU-Richtlinie sollen die Fahrzeugführer und ihre Beauftragten lt. Verordnungsentwurf mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro einstehen. Effektiver wäre es – solange keine Landstromversorgung verfügbar ist – die Schiffe zum Bunkern von schwefelarmem Brennstoff zurück auf einen Ankerplatz außerhalb des Hafens zu schicken.

Dann würden die Reeder schon per Eilpost dafür sorgen, dass sich ihre Schiffsleitungen vor dem Anlaufen von niedersächsischen Häfen mit dem zulässigen Brennstoff eindecken. Denn wie der Herr – so das Gescherr!

Manege frei

Ausnahmsweise: Zirkus (Krone) im Gegenwind

(iz / noa) Alle Jahre wieder erhalten wir ungefragt Infos, die nicht gerade klassische Gegenwind-Themen mit besonderem lokalen Bezug berühren. Dazu gehören Gastspiele der bundesweit tourenden Zirkusunternehmen. Aufwändig gestaltete Pressemappen und Freikarten landen bei uns in der Rundablage. Doch nachdem vor einigen Wochen Zirkus Krone besonders hartnäckig den Kontakt suchte, beschlossen wir, doch mal einen Blick ins Zelt und hinter die Kulissen zu riskieren.

Zumindest ist bemerkenswert, dass diese Form der darstellenden Kunst und des öffentlichen Kulturangebots sich bis in die heutige Zeit der Super-Events gehalten hat. Dass Kinder immer noch über lebendige Clowns lachen können statt nur über die Zeichentrickscheiße im TV. Dass ein umherziehender Mikrokosmos trotz hoher Unterhaltungskosten seine Belegschaft ernähren kann.

Menagerie als Anachronismus

Als Mitte des 18. Jahrhunderts (in England) der Zirkus aufkam, standen zunächst Pferdedressuren im Mittelpunkt, exotische Tiere kamen erst später hinzu. Und das ist natürlich eine der kritischen Fragen, die wir stellen: Muss es heute noch sein, Elefanten, Tiger, Löwen und andere Wildtiere in Lastwagen durch die Gegend zu karren und in vergleichsweise engen Gehegen zu halten, um sie dann ein paar Minuten am Tag Kunststücke aufführen zu lassen?

Zoologische Gärten im heutigen Sinne entstanden erst Mitte des 19. Jahrhunderts, und einfache BürgerInnen reisten früher in ihrer Freizeit noch nicht so viel durch die Gegend. Es gab damals auch noch kein Fernsehen mit tollen Naturfilmen aus der Serengeti. Da war es natürlich der Brüller, wenn der Wanderzirkus mit Tierschau in die Stadt kam. Und man machte sich noch wenig Gedanken bzw. hatte nicht die heutigen Erkenntnisse darüber, was artgerechte Tierhaltung ist. Heute arbeiten selbst kleinere Tierparks wie der in Jaderberg daran, die Gehege ansprechend zu gestalten. Wobei "artgerecht" und "Tierhaltung" immer ein Widerspruch in sich bleiben wird. Aber um Kindern und Erwachsenen wilde Tiere nahe zu bringen, braucht es heute keine wandernde Tierschau mehr, die den Kreaturen nie die Lebensbedingungen bieten kann wie ein Zoo mit fest installierten, großräumig und naturnah gestalteten Gehegen.

Frank Keller, Pressesprecher von Zirkus Krone, war auf solche Fragen vorbereitet. Nicht ohne Grund: Vor gut einem Jahr war das Unternehmen mächtig in die öffentliche Kritik geraten, nachdem es Ärger mit den Behörden gab wegen der unzureichenden Haltung ei-

nes Flusspferdes. Auch sollte dem Zirkus untersagt werden, einen Elefanten zu einem Kopfstand zu dressieren. Mit Liebe und Leckerlis, ohne Anwendung von Gewalt, kann man ein Tier schon überreden, ihm natürlich angeborene Bewegungen auf Befehl durchzuführen. So funktioniert auch die von Fredy Knie perfektionierte Hohe Schule der Reitkunst. Nur mit leichten Körperbewegungen, ohne technische Hilfsmittel konnte er ein Pferd animieren, die affektiert wirkenden Gangarten anzuschlagen, die auch in freier Wildbahn zum Imponiergehabe der Tiere gehören. Kopfstand bei Elefanten gehört ganz sicher nicht zu solchen natürlichen Bewegungen.

Das Flusspferd ist mittlerweile in Rente, im



Krone-eigenen Tierpark in München, versicherte Keller. Dafür gehört jetzt ein Nashorn zur Menagerie. Vor einiger Zeit versuchte das wehrhafte, aber von Natur aus ängstliche Tier während der Vorstellung aus dem Zelt zu stürmen, was auch für die Zuschauer nicht witzig war.

Auch bei den Löwen sieht Keller keine Probleme. Schließlich würden sie auch in freier Wildbahn die meiste Zeit des Tages vor sich hindösen und nur in Bewegung geraten, um was zu fressen zu besorgen. Doch vielleicht möchten die Löwen gern selbst entscheiden, wo sie dösen, wer wie nahe bei ihnen liegen und wer ihnen dabei zuschauen darf?

Wir meinen: wenn schon Zirkustiere, dann solche, die seit ewig domestiziert sind. Ein Hund ist von Natur aus viel eher bereit bzw. sogar begeistert davon, auf Befehl Kunststücke vorzuführen, als eine Großkatze. Mittlerweile gibt es sogar Dompteure, die mit Hauskatzen arbeiten, und wer eine Katze hat, weiß, dass das wirklich nur freiwillig geht, weil nor-

malerweise Hauskatzen ihre Menschen dressieren und nicht umgekehrt.

Aber würden nicht auch die menschlichen Zirkuskünstler schon reichen? Die artistischen Leistungen stehen denen der olympischen Kunstturner in nichts nach und es ist schon toll, was sie als Ergebnis unermüdlicher Übung präsentieren. Darf natürlich die Frage nicht fehlen, ob die Artisten denn artgerecht gehalten werden. Eigentlich nicht, räumt Keller ein. Es ist schon hartes Brot, aber sie verdingen sich, im Unterschied zu den Tieren, immerhin freiwillig beim Zirkus.

Letzte Frage: Ist Zirkus, wie Keller meint, wirklich für alle erschwinglich? Ein soziales kulturelles Angebot? Im Vergleich zu Rockfestivals oder überkandidelten Musicalproduktionen auf alle Fälle, der Eintritt bewegt sich im unteren zweistelligen Bereich. Für eine/n Hartz-IV-Empfänger/in sind allerdings auch die günstigsten Karten zu 14 Euro noch happig. Lobenswert: Krone verteilt an jedem Spielort ein Kontingent an Freikarten an sozial Bedürftige. In Wilhelmshaven gingen 800 Karten (im Wert von 11.800 Euro) an die Stadt mit der Bitte, diese an sozial benachteiligte Familien weiterzugeben. Die Karten wurden vom Jugendamt an Kindergärten, Schulen, Jugendfreizeitstätten und -hilfeeinrichtungen verteilt.

Nachdem das soweit geklärt war, haben zwei Redaktionsmitglieder die Premierenvorstellung besucht. Beide hatten seit der Kindheit keine Zirkusvorstellung mehr gesehen; im einen Fall war das etwa zehn, im anderen fast fünfzig Jahre her. Da hat man natürlich einen anderen Blick als damals.

Zugegeben, der Blick der beiden Gegenwindler war von vornherein sehr kritisch. Und so nervten sie vermutlich die in der Nähe sitzenden Zirkusbesucher mit ihren geflüsterten Diskussionen.

Setzen sich Elefanten natürlicherweise gelegentlich mit dem Popo auf ein Podest? Und warum laufen die Stoßzähne des Elefantenbullen nicht spitz zu, sondern sind abgesägt?

Würden Löwinnen solche Kapriolen auch in freier Wildbahn schlagen? Ja, Hauskatzen springen auch gelegentlich in einem Affentempo über Artgenossen hinweg - aber keine Hauskatze würde sich freiwillig in Positur setzen oder sich sogar an etwas hochhangeln, um über sich hinwegspringen zu lassen.

Nachdem die zwei Redaktionsmitglieder Elefantenkühe und Löwinnen bei Kunststücken beobachtet hatten, kamen sie zu dem Schluss, dass die männlichen Exemplare dieser Tierarten wenig begabt sind, was sie dazu brachte, bei den Pferden, die eine wirklich witzige Nummer darboten, nach den Geschlechtsorganen zu schielen. Alles Stuten!!! - Wirklich? Laut Präsentationsmappe waren es Hengste. Na, vielleicht sieht man bei rennenden Hengsten den Schniedel nicht...

Gehören Tiere in den Zirkus? Bei aller Bewunderung für die Leistungen der Tierlehrer (Dompteure sagt man wohl nicht mehr) - den Gegenwindlern hätten die erstaunlichen Darbietungen der menschlichen ArtistInnen durchaus gereicht. □



Plakat von Adolph Friedländer (1895) für Carl Hagenbecks Zoologischen Circus - Löwe auf Elefant Farblithographie, Wikipedia Commons

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Jade Bay Boogie

Wilhelmshaven zu klein für die Welt?

(red) Klang nach Sommerlochfüller, war aber ernst gemeint: der Mitte Juli bekannt gewordene Vorschlag der Landesregierung zur Zusammenlegung von Wilhelmshaven mit den benachbarten Landkreisen.

Auslöser war ein Gutachten des Staatswissenschaftlers Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Jens Hesse zu den Kommunalstrukturen in Niedersachsen, mit der Empfehlung von Gebietsreformen. Betroffen wären nur die "deutlich stabilisierungsbedürftigen Räume", das sind etwa die Hälfte der 37 niedersächsischen Landkreise (darunter Wittmund, Friesland, Wesermarsch) und 3 der 8 kreisfreien Städte (Wilhelmshaven, Delmenhorst, Salzgitter).

Im hiesigen Rathaus war man sauer, davon zuerst aus der Presse zu erfahren statt direkt vom Innenminister, der das Gutachten beauftragt hatte. Auch die von Schünemann vorgestellten Spielregeln stoßen nicht auf Begeisterung: Bis 2012 können sich die angesprochenen Kommunen freiwillig reformieren, zur Belohnung winkt eine Schuldentilgung der Kassenkredite. Wenn der Anreiz nichts fruchtet, wird zwangsreformiert – ohne finanzielle Entlastung.

Für den SPD-Landtagsabgeordneten Olaf Lies ist Schünemanns Herangehensweise "ein völlig falsches Signal zur falschen Zeit". Das ist sprachlich betrachtet eine echte Denksportaufgabe: Gibt es auch ein falsches Signal zur richtigen Zeit? Oder ein richtiges Signal zur falschen Zeit? Stellt man sich einen Zug vor, der auf einen Bahnübergang zu rast, dann schützt beides nicht vor der Katastrophe.

Lies' Pleonasmus ("weißer Schimmel") zeigt den großen Frust, den Schünemann hier erzeugt hat. Selbst CDU-MdL Uwe Biester ist nicht begeistert.

Gebietsreformen – und deren Scheitern – sind ja keine neue Erfindung. Schon in den 1970er Jahren gab es einen Gesetzentwurf, in dem WHV eingekreist (!) werden sollte. Damals wurden das Jeverland und Wittmund zusammengemantelt und später per Entscheidung des Staatsgerichtshofes wieder getrennt. Insofern sind die Vorbehalte der Nachbarkreise verständlich. Und die noch zu Zeiten des Großherzogtums Oldenburg verliehene Kreisfreiheit möchte Wilhelmshaven nicht gern aufgeben, auch wenn das Gutachten prognostiziert, das Wilhelmshaven bis 2015 auf unter 70.000 Einwohner schrumpft. (In der Regel sind kreisfreie Städte Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern.)

Man setzt lieber erstmal auf freiwillige Kooperation. Die Landkreise Wittmund, Aurich und Leer haben gerade zusammen mit der Stadt Emden einen Regionalrat gegründet, der ohne Aufgabe der Eigenständigkeit gemeinsame Probleme anpackt. Wilhelmshaven will da nicht mitspielen, Friesland nur bei bestimmten Themen.

Eine freiwillige Gebietskooperation rund um den Jadebusen gibt's ja auch schon: Die Landkreise Friesland, Wesermarsch und Witt-

mund und die Stadt Wilhelmshaven haben sich zur "Jade Bay Region" zusammengeschlossen. Der Begriff ist ähnlich putzig wie Lies' Pleonasmus: Allerorten regt man sich über "Denglisch" auf, das hier hochoffiziell fröhliche Urständ feiert. Wie soll sich das denn aussprechen? Jah-de Bei oder Dschei-de-Bei? Als früher noch die Harley-Boys ihr jährliches Schwermettaltreffen in WHV veranstalteten, machte der Titel "Jade Bay Boogie" wenigstens noch Sinn.

Welchen Sinn macht nun eine Gebietsreform? Mit dem gleichen, dann gemeinsamen Haushalts- und Personalansatz die gleichen Aufgaben effektiver erledigen? Oder zukünftig mit weniger Geld und Personal genauso gut? Man kommt nicht umhin, sich einer der durchschlagendsten "Reformen" der jetzigen Landesregierung zu erinnern: die Abschaffung der Bezirksregierungen seit 2001. Diese Bündelungsbehörden übernahmen Aufgaben, die nicht von jeder Kommune einzeln erledigt werden mussten, und zeichneten sich, da unter einem Dach vereinigt, durch kurze Wege aus. Nach ihrer Auflösung – einem populistisch wirksamen Wahlversprechen zum "Bürokratieabbau" – wurden die Aufgaben teilweise auf die Kommunen verlagert, teilweise auf dezentral angesiedelte Sonderbehörden. Die Kommunen ächzen bis heute unter den Zusatzaufgaben. Und jetzt fällt der Landesregierung plötzlich auf, dass größere Verwaltungseinheiten sinnvoll sein könnten?

Und wie wird sich das auf klassisch dezentrale Aufgaben auswirken? Müssen wir zukünftig einen Umzug in Jever registrieren lassen, das Auto in Brake anmelden und die Schulanfänger in Wittmund? Oder kommen dann alle nach Wilhelmshaven? □

Krach statt Kohldampf

Am 10.10.10 gibt's in Oldenburg eine Demonstration für höhere Hartz IV-Regelsätze

(noa) In Zeitungen, im Radio und im Fernsehen war das Sommerloch voll mit veröffentlichter Diskussion über die Hartz IV-Regelsätze ab dem 01.01.2011. Am 9. Februar hat das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum Ende des Jahres Regelsätze zu bestimmen, die nicht von irgendeiner Bezugsgröße abgeleitet sind, sondern sich am tatsächlichen Bedarf von Arbeitslosen und ihren Familien orientieren.

Auffällig an der öffentlichen Diskussion, die immer noch läuft, ist: Es wird nur über Kinder gesprochen und geschrieben. Dabei kommen immer wieder Unverschämtheiten wie: Man muss sicherstellen, dass die Leistungen auch tatsächlich bei den Kindern ankommen – also kein Bargeld für die Familien, sondern Sachleistungen für die Kinder direkt. Die Unterstellung dabei lautet: Erhöht man einfach den Regelsatz, dann gönnen sich die erwachsenen Arbeitslosen irgendwelchen Luxus oder versaufen das Geld sofort, und die Kinder können immer noch nicht zur Musikschule oder in den Sportverein. Und wie gewährleistet man, dass die Kinder bestimmt bekommen, was Frau von der Leyen ihnen gönnen will? Die Ministerin hat eine Chipkarte "angedacht". Gehen Hartz IV-Papas künftig zu Aldi und kaufen das Brot mit Geld, die Windeln aber mit Chipkarte?

Eines ist völlig aus dem Blick geraten bei den vielen Meldungen und Äußerungen der letzten Zeit: Nicht nur der Kinderregelsatz, der vom Erwachsenenregelsatz abgeleitet ist, wi-

derspricht der Verfassung. Auch der Regelsatz für Erwachsene ist nicht am Bedarf orientiert.

In vier Monaten schreiben wir schon das Jahr 2011. Der Gesetzgeber muss sich sputen. Und damit die Höhe des Regelsatzes vor lauter "Gutschein oder Chipkarte"-Diskussion nicht in Vergessenheit gerät, wollen die Hartz IV-Betroffenen mit einer Großdemonstration auf sich aufmerksam machen.



In die Pötte kommen!

Krach schlagen statt Kohldampf schieben!

Wenigstens 80 Euro mehr für Lebensmittel sofort!

*Wir wollen nicht jammern und nicht betteln!
Wir wollen Krach schlagen – mit Töpfen und Kochlöffeln, Spaß und Selbstbewusstsein!
Wir wollen demonstrieren, dass Erwerbslose sich nicht beschimpfen und verhöhnen lassen.
Das bundesweite Erwerbslosen-Netzwerk ruft auf zur Demonstration in Oldenburg:
Komm am 10. Oktober 2010 nach Oldenburg, bring Kochtopf und Kochlöffel mit!
Am Dienstag, dem 14. September 2010 wird es bei der Arbeitsloseninitiative in Wilhelmshaven/Friesland zu dieser Demonstration und den Beweggründen eine Informations- und Diskussionsveranstaltung geben.
Beginn ist um 10:00 Uhr im Wilhelm-Krökel-Saal des Gewerkschaftshauses Wilhelmshaven.
Fahrmöglichkeiten (Busse) werden organisiert.
Abfahrzeiten und Abfahrtsorte werden nach der Anmeldung bekanntgegeben.*

Weitere Information und Anmeldung zur Demo bei der Arbeitsloseninitiative WHV/FRI, Weserstraße 51, 26382 Wilhelmshaven, Tel. 04421/180130 <http://www.krach-statt-kohldampf.de> Mail: ali.whv-fri@t-online.de

leserbriefe

Liebe Gegenwind-Redaktion,
bzgl. eures Artikels "Bismarck" (Gegenwind 252, Seite 6, Mai 2010) frage ich mich: Wer hat den Artikel verfasst? Ein freier, unabhängiger Gegenwind-Redakteur, oder handelt es sich um einen "Gastkommentar"?

Den Ausführungen über Bismarck ist nichts hinzuzufügen, wenngleich er auch etwas einseitig ist.

Den Ausführungen über Stauffenberg ist im Prinzip auch nichts hinzuzufügen - und, nicht dass ihr mich falsch versteht - von mir aus kann gerne an jeder Ecke ein Stauffenberg-Denkmal stehen.

Wieso aber gerade ein Stauffenberg-Denkmal neben dem "Böll" bzw. auf dem Bismarck-Platz?

Meine Fragen danach wurden wie folgt beantwortet: "Ist am medienwirksamsten", "Kommt bald im free-TV, kennt dann jeder", "auf Youtube voll der Renner", "fand ich schon immer gut, ist mein Held", auf Nachfrage, alternativ einem der vielen Protestler zu gedenken (oder ein allgemeines Widerstands-Denkmal), die nicht erst gewartet haben, bis klar war, dass der Krieg verloren ist, sondern viel früher ihr Leben gegeben haben: "Ja, die kennt ja niemand (gäh)", "ich kann doch nicht jeder Krankenschwester ein Denkmal setzen"... boring!

Offensichtlich wurde die Motivation für solch ein Denkmal nicht hinterfragt. Leider.

Hinzu kommt, dass Stauffenberg als Stellvertreter für alle Widerstandskämpfer zu nennen nicht taugt. Er ist ein bedeutender und vermutlich der bekannteste Widerstandskämpfer aus der Endzeit des NS-Regimes und hat Einmaliges geplant - nicht mehr und nicht weniger. Alleine schon das Datum seiner Widerstandsaktion gibt doch berechtigten Zweifel daran, dass er als Stellvertreter für die zahlreichen toten Widerständler seit 1933 stehen kann. Ich will damit seine Leistung nicht schmälern, aber ich will gerade jetzt, wo es offensichtlich nur auf die Medienwirksamkeit / nur auf Marketingzwecke ankommt, an den kleinen Mann und die kleine Frau mahnen, die ihr Leben für den Widerstand schon vor der sicheren Niederlage gegeben haben, denn Kleinvieh macht auch Mist.

Und in diesem Falle sehr positiver Mist, denn während man bei Stauffenberg die Anzahl möglicherweise geretteter Leben fiktiv berechnen muss, kann man bei anderen die Anzahl geretteter Leben dadurch begreifen, dass man heute oder in den letzten Jahrzehnten noch mit diesen Menschen sprechen konnte.

Es ist mir schon klar, dass aber z.B. ein Hans Calmeyer, Georg Elser oder die Krankenschwester um die Ecke niemand oder kaum jemandem bekannt ist geschweige denn interessiert.

Für mich gibt's also nur einen Grund für ein Stauffenberg-Denkmal auf dem Bismarck-Platz, vor allem bei den eingangs genannten Antworten auf meine Fragen: Weil es eine bestimmte Person mit bestimmtem Hintergrund danken will - und weil es einfacher ist, als für ein Bismarck-Denkmal zu sein.

Außerdem: Bevor ich Stauffenberg zu Marketingzwecke nutze und / oder über ein

Denkmal für ihn nachdenke (der Bismarckplatz kann bspw. auch ohne Denkmal schön werden), wäre es fairer, sich dem ehemaligen KZ-Außenlager "Alter Banter Weg" zu widmen und ihm mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Das wäre ehrliches Interesse an der Geschichte ohne kommerziellen Beigeschmack. Dann könnte ich auch eine Stimmabgabe "aus dem Bauch, Verstand und Herzen" heraus akzeptieren und noch viel besser: Ich würde sogar aktiv mithelfen.

*Volker Hasenmüller, Wangerooogestraße 59
26384 Wilhelmshaven*

Meine Lieben,
nun befinde ich mich in Wilhelmshaven, wie sonst auch, in Verschluss, aber trotzdem möchte ich meine Meinung sagen - einfach so, weil ich Rentner bin und anderes nicht zu tun habe. Es geht mir um das Bismarck-Denkmal. Bitte: Lasst den Quatsch.

Bismarck ist sicherlich nach wie vor ein Objekt historischer Forschung, aber eignet sich gewiss nicht als Gegenstand irgendeiner Verehrung. Insofern stimme ich dem Artikel "Bismarck" zu.

Bei der Begründung der Ablehnung solltet ihr aber mehr Sachkunde zeigen. Wenn man sich mit dem Thema befasst, muss man drei Aspekte unterscheiden:

- Bismarck als Person,
- Bismarck als Politiker, und
- die Konsequenzen der bismarckschen Politik.

Zur Person: Der erste Reichskanzler war sicher ein brillanter Causer - und sonst? Er soff und fraß (man kann es nicht anders sagen), war seinen Feinden gegenüber nachtragend und tückisch und log, wenn es ihm in den Kram passte, dass sich die Balken bogen, darüber hinaus war er nach heutigen Maßstäben korrupt, überdies bigott, kurzum: Bismarck war, wie fast alle brillanten Politiker, menschlich ein egoistisches Ekel und eignet sich deshalb nicht dazu, als National-Heiliger verehrt zu werden.

Bismarck hatte weder eine nationalistische noch eine zutiefst konservative Gesinnung, sondern überhaupt keine. Wenn man mal davon absieht, dass er stets seinen persönlichen Vorteil verfolgte, war er ein Interessenpolitiker, der das Ziel hatte, Preußen aus der Abhängigkeit von Russland zu lösen und damit zu einer echten Großmacht zu machen. Das ist alles.

Um dieses Ziel zu erreichen, war ihm jedes Mittel recht, Lüge und Krieg eingeschlossen. Er scheute dann auch vor keinem Rechtsbruch zurück. Indes: als es 1870 erreicht war, bemühte sich Bismarck, das nunmehrige Deutsche Reich zu konsolidieren. Das geschah unter anderem durch die Sozialgesetzgebung, die er einleitete, dann durch die Bündnispolitik, aber auch durch die Bekämpfung der Sozialdemokratie und der katholischen Kirche.

Der Erste und der Zweite Weltkrieg sind natürlich nicht Folgen der bismarckschen Politik, sondern das Werk Kaiser Wilhelms II., der ja auch in Wilhelmshaven verehrt wird. Bismarck hat als Ruheständler die Katastrophe kommen sehen und vor ihr gewarnt. Die These, dass der Weg Deutschlands von Luther über Bismarck zu Hitler führte, ist falsch. Weder Luther noch Bismarck sind für Auschwitz verantwortlich, wohl aber der in Wilhelmsha-

ven so sehr verehrte Kaiser Wilhelm II.

So viel in diesem Brief. Der Themenkomplex ist im übrigen sehr schwierig, umso mehr sollte man vorsichtig urteilen.

Wenn ich mir einen Rat erlauben darf: Stauffenberg hat leider mit Wilhelmshaven nichts zu tun, wohl aber Reichpietsch und Krökel. Sie haben ihre Denkmäler verdient, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Und mit ihnen bin ich bei meinem Thema: Die Stadt Rüstringen, wie wir eigentlich sagen sollten, sollte stolz darauf sein, dass sie sozusagen die Wiege der deutschen Demokratie ist - aber wen interessiert das dort? Nach meinem Eindruck nicht einmal den Gegenwind, oder irre ich mich da?

Mit freundlichem Gruß

*Klaus Dede, Schützenhofstr. 151a,
26133 Oldenburg*

Liebe Gegenwind-Redaktion,
den Bürgern von Wilhelmshaven muss es ja gut gehen, diese Sorgen (Denkmal) möchten andere wohl auch haben. Geld für ein Denkmal? Kommunen, Städte usw. sind quasi pleite, jeder Bundesbürger hat ca. 20.500 Euro Schulden, ich auch. Für Bildung, Krankenversicherung, Umwelt usw. ist kaum Geld da. Problem hier - ein Denkmal?

Im Gegenwind Mai 2010 haben Sie nur negativ über Bismarck berichtet, hat er nicht auch Positives für Deutschland geleistet? Aktuell hat Obama den Friedensnobelpreis bekommen, obwohl er Krieg führt und sogar Truppen verstärkt hat. Ist er für Sie auch ein Militarist? Für mich steckt er in Sachzwängen, verabscheut Krieg und Gewalt und ist für mich nach Nixon und George W. das Beste, was der Welt passieren konnte. Leider ziehen ca. 50% der Amis nicht an seinem Strang.

Hat Bismarck die Sozialversicherung eingeführt, war er für die Kolonien, hat er nach den Kriegen seine Gegner fair behandelt usw.? Waren die Deutschen um 1900 bereit für Demokratie und Liberalismus? Die Deutschen waren letztes Jahr nicht fähig, in der großen Koalition ihre Probleme zu lösen, obwohl sie dazu ein paar Jahre Zeit gehabt hätten.

Vom 20. Juli 1944 bis Kriegsende (8. Mai 1945) 30.000.000 Tote??? Wenn das Attentat am 8.11.1939 (Georg Elser) geklappt hätte, wie viele Tote hätte das verhindert? Oder hätten die deutschen Offiziere (u.a. auch Stauffenberg) den Vernichtungskrieg weiter geführt?

Sie müssen ja nicht alles glauben, was in Wikipedia steht. Sie können die Einträge ja berichtigen. Vielleicht sehen Sie ja trotzdem mal bei "Stauffenberg" und "Georg Elser" nach.

Für wie viele Tote ist Stauffenberg verantwortlich (1939-44)? Für wie viele Tote Georg Elser? Er wollte den Krieg verhindern.

War Stauffenberg Antisemit, Rassist, war er ein Herrenmensch, fühlte er sich arisch? Ich bin da nicht so sicher, einige Historiker wohl auch nicht.

Hoffentlich tut es Ihnen nicht irgendwann leid, für "Ihr" Denkmal gespendet zu haben. Kann ja sein, dass die Historiker noch was ganz anderes ausgraben.

Ansonsten finde ich es gut, dass es den Gegenwind gibt. Machen Sie weiter so.

Mit freundlichen Grüßen

*Ernst Gerking, Bismarckstraße 13,
26384 Wilhelmshaven*

Zwei ALI-Versammlungen

Optionskommunen und Wirtschaftswachstum

(noa) Bei einer längeren Sommerpause läppert sich einiges zusammen, worüber man doch wenigstens kurz berichten sollte. Auf der ALI-Monatsversammlung am 8. Juni war auch die WZ und berichtete recht ausführlich tags darauf, so dass wir nur den einen oder anderen Gesichtspunkt erwähnen müssen, den der Kollege von der WZ nicht so wichtig fand.

Optionskommune statt Job-Center

Der Referent bei dieser Versammlung war Gustav Zielke, GRÜNER Kreistagsabgeordneter in Friesland, und er schwärmte – unmittelbar vor der Grundgesetzänderung zur "Rettung" der Job-Center – von der anderen Möglichkeit, der optierenden Kommune.

Optionskommunen: Bisher gibt es 69 Städte und Landkreise, welche die Hartz IV-Empfänger in Eigenregie betreuen. Künftig sollen es bis zu 110 sein. (WZ vom 18.06.2010 anlässlich des Berichts über die Grundgesetzänderung)

Friesland soll, so wünscht es sich Zielke, eine solche Optionskommune werden, und er meint, in dieser Konstruktion sei es viel besser als beim Job-Center möglich, Arbeitslose zu qualifizieren und in Arbeit zu bringen. In der WZ stand dazu, dass sowohl Zielke als auch Werner Ahrens von der ALI bei einer Veranstaltung gewesen waren, in der sie ganz gegensätzliche Dinge zum Thema dieser angeblich höheren Effizienz gehört hatten. Ernst Taux (ebenfalls ALI) konnte einen draufsetzen: Die Optionskommune Ammerland, die Zielke als Beispiel anführte, qualifiziert ihre Erwerbslosen nicht für den allgemeinen Arbeitsmarkt, sondern richtet sie gezielt auf den größten Arbeitsgeber, die Firma Meica, zu.

Kennen wir so etwas nicht auch hier bei der Arbeitsagentur und dem Job-Center, die immer wieder Hafenlogistiker für den Jade-WeserPort zurechtschnitzen?

Wirtschaftswachstum um jeden Preis?

Auch von der ALI-Versammlung am 10. August berichtete die WZ das Wichtigste über den Vortrag von Dr. Niko Paech (Uni Oldenburg) über eine bislang wenig bekannte Richtung der Wirtschaftswissenschaft, die Postwachstumsökonomik.

Bislang scheinen alle (egal ob Politiker, Wissenschaftler oder "normale" Leute) fest daran zu glauben, dass Wirtschaftswachstum unbedingt immerzu und unaufhaltsam stattfinden müsse. Ein Nichtwachsen oder gar Zurückgehen der Wirtschaftsleistung ist eine Krise. Ja, wirklich?

Die Postwachstumsökonomik sieht das nicht so. Weiteres Wirtschaftswachstum ist nicht nur nicht notwendig, sondern auch (umwelt-)schädlich, so lautet das Fazit aus Paechs Vortrag. Die vorhandene Arbeit kann gerechter verteilt werden (in den Niederlanden und in Dänemark gab es schon Ansätze zu gleichmäßigerer Verteilung der Lohnarbeit, und auch das Schrödersche VW-Modell 5000 mal 5000 ging in diese Richtung); Paech brachte es auf die Formel "soziale Gerechtigkeit ohne Wirtschaftswachstum". Er ging dabei von einem GRÜNEN Ansatz aus und bemühte den Klimawandel und das angestrebte Ziel einer Reduzierung der CO₂-Emissio-

nen: Teilt man 750 Mrd. Tonnen CO₂ durch 6,9 Mrd. (Menschen, die gegenwärtig auf der Erde leben), so erhält man 2,7 Tonnen CO₂ pro Person. Und wenn das Recht auf Produktion dieser CO₂-Menge tatsächlich für alle gälte, so wäre für jemanden, der Luxusgüter konsumiert, bei deren Produktion und Verteilung sehr viel CO₂ anfällt, schon recht bald Schluss. Er müsste vielleicht im Februar eines Jahres schon den Konsum einstellen. Und alle anderen Menschen in den Staaten, die überdurchschnittlich viel CO₂ produzieren, müssten auch ein bisschen sparen.

Wie bekommt man das hin, ohne dass die Menschen das Gefühl haben, sie müssten sich ohne Grund und ohne vernünftige Gegenleistung einschränken? Z. B. indem die bezahlte Arbeitszeit gesenkt wird, jedeR mehr Freizeit hat und für sich selbst arbeitet (Gemüse ziehen, die Wohnung renovieren, Pullover stricken ...). Oder indem die Region wieder entdeckt wird (warum muss ein Joghurt 1000 km reisen, bevor wir ihn essen, wenn es 10 km vor unserer Stadt auch Milchbauern gibt?) Oder auch indem wir die Nachbarschaftshilfe wiederentdecken und schätzen lernen, Tauschringe installieren und den globalisierten Konsum (Strandkleider aus Bangladesh, Mangos aus Brasilien usw.) einschränken. Nein, ganz verzichten müssen wir deswegen auf Waren aus Übersee nicht. "So lokal/regional wie möglich, so global wie nötig", lautet Paechs Formel.

Die Postwachstumsökonomik ist ein sehr charmantes Modell für eine bessere Zukunft. Problematisch war, den Appell zum Verzicht auf bezahlte Arbeitszeit zugunsten anderer ausgerechnet vor Langzeitarbeitslosen zu äußern. Problematisch und eigentlich unnötig ist die Bemühung des Klimawandels zur Begründung einer Idee, die auch ohne das Horror-Szenario einer überhitzten Erde, schlicht und ergreifend mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, begründet werden kann. Doch an die Millionärssteuer oder eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes traute Paech sich nicht ran. □

Beratung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland

Jever: Jugendhaus, Dr. Fritz-Blume-Weg 2, jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat von 14.30 bis 16.30 Uhr

Sande: Jugendzentrum, Hauptstraße 78, jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat von 14.30 bis 16.30 Uhr

Varel: DGB-Büro, Hansastraße 9a, jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 9.00 bis 12.00 Uhr

Wilhelmshaven: Gewerkschaftshaus, Weserstraße 51, jeden Montag und Donnerstag von 9.00 bis 12.00 Uhr

Monatsversammlung: jd. 2. Dienstag im Monat



Die Unmenschlichkeit hat gesiegt Behörden schoben Syrier ab

(mt/red) Am 27.07.2010 wurde der syrischstämmige Faruk Issa nach Syrien abgeschoben. Der elternlose 21-Jährige lebte zusammen mit seinen Schwestern und seinem Bruder seit 6 Jahren in Wilhelmshaven.

Sie sind Angehörige einer in Syrien verfolgten religiösen Gruppe, den Yeziden. Faruks Festnahme und Abschiebung war sowohl unerwartet als auch völlig unverständlich. Möglich machte diese Abschiebung ein Rückkehrabkommen zwischen der BRD und Syrien, welches besagt, dass aus Syrien stammende Personen zurück abgeschoben werden können, auch wenn sie nicht im Besitz gültiger Pässe sind oder wenn es sich bei ihnen um Staatenlose oder Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit handelt.

In Syrien erwartet die Abgeschobenen die Verhaftung und anschließend Folter.

Am 21.06.2010 stürmten die Einsatztruppen der Polizei Faruks Wohnung und nahmen ihn in Gewahrsam. Sie brachten ihn in das Abschiebelager Blankenburg in Oldenburg – ein Ort des Schreckens und des Grauens, an welchem die Insassen unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen.

Am 29.07. führten diverse Gruppen eine Solidaritätsdemonstration unter dem Motto "Für die Freilassung des 21jährigen Faruk Issa! Gegen die momentane Abschiebep Praxis und für die Schließung sämtlicher Lager!" in Oldenburg durch.

Die Presse berichtete, Migrantinnen- und Flüchtlingsvereine, diverse linke Kräfte, Anwälte und die evangelische Kirche schalteten sich ein.

Am 25.07. brachten die Behörden Faruk nach Hannover. In letzter Minute gelang es dem Solidaritätsteam, die Abschiebung zu stoppen. Grund für den Abschiebestopp war die psychische Verfassung Faruks. Einen Abend zuvor hatte er versucht, sich das Leben zu nehmen.

Am 27.07.2010 wurde Faruk Issa dann doch nach Syrien abgeschoben. Über seine derzeitige Situation ist nichts bekannt.

Was Faruk in Syrien erwartet, beschreibt Stefan Frank in **konkret 9/2010: 57 Flüchtlinge wurden letztes Jahr nach Syrien abgeschoben, in ein Land, das das Auswärtige Amt so beschreibt: 'Es kommt weiter zu willkürlichen Verhaftungen und Verurteilungen. Auch Fälle von Folter kommen weiterhin vor.' Nach ihrer Ankunft in Damaskus werden die Abgeschobenen vom Geheimdienst verhört. In Deutschland einen Asylantrag gestellt oder an einer Demonstration gegen das Rücknahmeabkommen teilgenommen zu haben, reicht aus, um wegen 'Schädigung des Ansehens' des syrischen Staates verhaftet zu werden. Das Auswärtige Amt erhält nach eigenem Bekunden von den syrischen Behörden keine Auskünfte zum Verbleib aus Deutschland abgeschobener Flüchtlinge. Doch die Wahrscheinlichkeit einer Festnahme noch am Flughafen in Damaskus ist sehr hoch.**

Auch amnesty international berichtet von mehreren Fällen von Verhaftungen und Folter von nach Syrien abgeschobenen Flüchtlingen.

Wieder einmal hat die Unmenschlichkeit gesiegt!



Aus der Schule geplaudert

Manche Dinge erledigen sich selbst durch Zeitablauf. Die BAFöG-Erhöhung fiel dem Sparpaket zum Opfer, bevor ich darüber wettern musste, dass 13 Euro nicht einmal einen Inflationsausgleich darstellen. Heil überstanden hat das Sparpaket jedoch das Stipendium für "besonders begabte" Studierende, so dass die gottgegebene Ordnung der Dinge (der Teufel scheißt immer auf den größten Haufen) weiterhin gesichert ist.

Ansonsten hat sich in den letzten Monaten viel angesammelt für unser Schulgeplauder.

Niedersachsens Studierende sind bundesweit am wenigsten zufrieden mit der Verwendung ihrer Studiengebühren (WZ, 11.06.) Aber immerhin findet die Landesregierung die Studiengebühr "erfolgreich" (14.07.) Dann ist ja gut.

McAllister, der Christian Wulff nach dessen Kür zum Bundespräsi als Landesvater abgelöst hat, hält am Turbo-Abi fest (WZ, 06.08.), was niemanden erstaunt.

Und immer noch schaut die Welt auf Deutschland, wo in weit größerem Ausmaß als anderswo der Bildungserfolg stark von der sozialen Herkunft abhängig ist (26.03.) und wo Kinder zugewanderter Menschen an den Schulen benachteiligt sind (19.06.)

Damit das so bleibt, soll das Land Niedersachsen nach dem Willen des Landesrechnungshofes "an Lehrerstellen sparen" (27.05.), und Ende Juli schließt auch Möllring (Landesfinanzminister) die Bildung als Sparopfer nicht aus.

Gesagt, getan: Auch in diesem Jahr wurde der Neueinstellungstermin für Lehrkräfte vom 01.08. auf den 01.11. verlegt. An der Wilhelmshavener BBS Friedenstraße gab es deshalb zum Schuljahresbeginn in der gymnasialen Oberstufe einen etwas außergewöhnlichen Vorgang: Für die Klasse 13 (!) wurden aus drei Deutsch-Leistungskursen zwei entsprechend größere gemacht – man wird sehen, wie sich das auf die Abiturleistungen der betreffenden SchülerInnen auswirkt.

Ansonsten gibt es in Wilhelmshaven zum neuen Schuljahr jede Menge Jubel, Trubel, Heiterkeit. Als allerletzte Stadt in ganz Deutschland hat Wilhelmshaven endlich keine Agnes-Miegel-Schule mehr. Die Umbenennung der Realschule in FGroden, über die wir schon in unserer Ausgabe 251 berichteten, wurde am 19. August gefeiert. Und wenn auch der neue Name nicht pünktlich zur Feierstunde an der Außenwand des Schulhauses stand, so stellte neben anderen RednerInnen auch OB Menzel, der zum 50. Schulgeburtstag die Flugblattverteiler, die draußen vor der Tür um einen neuen Namen baten, noch beschimpft hatte, bei dieser Gelegenheit den neuen Namen "Marion-Dönhoff-Schule" als "Ehre und Verpflichtung" heraus. Na gut.

Viel Geld wurde für die Renovierung von Schulen ausgegeben. SPD-Ratsherr Karlheinz Föhlinger zweifelt daran, dass das immer sinnvoll angelegtes Geld war. Er geht davon aus, dass nicht alle Schulgebäude, die jetzt mit viel Aufwand hergerichtet worden sind, auf längere Sicht notwendig sein werden.

Wenn man sich erinnert, dass die Oldeogeschule nach einer teuren Renovierung zwei Jahre lang leer stand, kann man schon mit Föhlinger auf den Gedanken kommen, dass Wilhelmshaven gern mal Geld für nix ausgibt. Gottlob wird diese schöne alte Schule seit Schuljahresbeginn wieder genutzt: Die aus Ansgari- und Elisabethschule zusammengesetzte katholische Grundschule ist dort eingezogen.

Auch die Wasserturmschule (Förderschule an der Wertstraße/Ecke Störtebekerstraße) wurde renoviert. Ein Jahr lang waren die Kinder in der ehemaligen Hauptschule Heppens

(die ebenso marode ist, wie es das eigene Schulgebäude war) untergebracht. Nach den eben zu Ende gegangenen Sommerferien durften sie in ihre Schule zurückkehren und sind begeistert darüber, wie schön sie geworden ist.

Die Renovierung der Wasserturmschule wurde aus Mitteln des Konjunkturpakets II und aus Eigenmitteln der Schule (es gibt einen Förderverein, der eine stattliche Summe angesammelt hat) finanziert. Und diese Eigenmittel der Schule waren eventuell am Ende rausgeschmissenes Geld – wie auch die engagierte Eigenleistung der Lehrkräfte, die in den Ferien den Umzug durchführten, wahrscheinlich nicht lange ihnen und ihren SchülerInnen zugute kommen wird: Wenige Tage nach den Ferien erfuhren die Kinder und Eltern aus der Wilhelmshavener Zeitung, dass die Förderschule schon in vier Jahren einem "höheren Zweck" weichen muss. Ein Grundschulzentrum soll 2014 in diesem Gebäude untergebracht werden – die FörderschülerInnen werden dann wahrscheinlich wieder nach Heppens müssen.

Am 17. September will die Wasserturmschule die Renovierung feiern. Einigen Eltern, Lehrkräften und SchülerInnen ist nun allerdings gar nicht mehr nach Feiern zumute. Sie wollen den Anlass zu einer Protestveranstaltung umfunktionieren. Darüber plaudern wir dann im nächsten Gegenwind.

Anette Nowak

SPOONER
Anziehsachen
Marktstr. 19
gegenüber Hertie
26382 WHV

www.myspace.com/spooneranziehsachen
NEU Cyroline T-shirts 14,99€

WWW.BASU-WHV.DE AUF DEM BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN:
WWW.BUERGER-WHV.DE: 24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT

VERDAMMT PLEITE, DAS EINSTMAL GRÜNE WILHELMSHAVEN und die Parteien suchen händelnd nach Rettungsrezepten, um das hauptsächlich selbst verschuldete Desaster, das das antizyklische Wilhelmshaven so in Mitleidenenschaft zog, wieder optisch zu rechtzurücken. Heilung ist nämlich erstmal nicht drin, weil der Schuldenberg so rasant anwächst, daß man gar nicht so schnell zahlen kann, wie sich die Zinsen der Rückzahlungsforderungen vermehren. Gute Nachrichten sind weit entfernt am Horizont verschwunden, der Klimawandel verfolgt nun auch diejenigen, die gleich bis zu vier hocheffizienten Kohlekraftwerken als Wilhelmshavens Klimabeitrag den Weg ebne-

BASU
FREIE LISTE FÜR WILHELMSHAVEN
[BILDUNG | ARBEIT | SOZIALES UMWELT]
WWW.BASU-WHV.DE

ten. Als würde sich Geschichte wiederholen machen sich auch die Lobbyisten der Großindustrie aus dem Staub, auf den Weg zu neuen hochsubventionierten Standorten mit noch weniger Lohn und möglichst schwachen Arbeitnehmervertretungen. In Deutschland erhöhen Eurogate und Co. auch nicht wieder von selbst die Löhne, trotz kräftigem Wirtschaftsaufschwung und die Rentner fürchten um das sauer erarbeitete Ruhestandsgehalt und müssen wieder Steuern zahlen. Nichts ist, wie es einmal war und unserer Politprominenz fällt nichts mehr ein, als die ewig gleichen Konzepte in einem Patchworksystem zusammenzuflicken. Gut daß nächstes Jahr Kommunalwahlen sind!

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG | RUSCHEREI | 19.30 UHR!

DER PLEITEGEIER KREIST LÄNGST ÜBER DER ANTIZYKLISCHEN KOMMUNE, IN DER DIE HOFFNUNG ZULETZT STIRBT UND DER LETZTE BALD DAS LICHT AUSMACHEN KÖNNTE!